



SACHSEN

RECHTS

UNTEN

2021

INHALT

- 4** Einleitung
- 6** **Rechte Orte in Sachsen.**
Ein Überblick
- 16** **Ein Haus für Seilschaften.**
Die Räumlichkeiten der rechten
Burschenschaft Salamandria
- 20** **National-soziale Orte.**
Wie „Der III. Weg“ Immobilien für
ein soziales Angebot nutzt
- 26** **Stille Landnahme.**
Die Ansiedlung völkischer Siedler in Mittelsachsen
- 30** **Landnahme mit Insta-Story.**
Der Versuch einer rechten Ansiedlung
- 35** **Das Haus in Lauerstellung.**
Die Deutsche Stimme in Riesa
- 39** **Ort der Vereinnahmung.**
„Heldengedenken“ in Göda
- 48** **Unsichtbare Schaltzentrale.**
Ein neues Szene-Objekt in Chemnitz
- 54** Impressum

EINLEITUNG

Wer keinen Ort hat, um sich zu treffen, keine Rückzugsräume, um sich zu besprechen und keinen Platz bieten kann für Veranstaltungen, wird es sehr schwer haben, eine politische Relevanz zu entfalten und mit seiner Politik wirksam zu sein. Eine Örtlichkeit zu besitzen, ist eine der elementaren Grundlagen für die Aktivitäten politischer Organisationen und Gruppen.

Die extreme Rechte in Sachsen verfügt über zahlreiche Zugangsmöglichkeiten zu verschiedenen Objekten im Bundesland. Seit vielen Jahren gibt es Treffpunkte und Veranstaltungsorte quer über alle Landkreise und kreisfreien Städte verteilt. Hinzugekommen ist seit einigen Jahren der Trend, dass versucht wird, eigene Objekte zu erwerben und selbst zu besitzen. Das Kulturbüro Sachsen e.V. hat diese Entwicklungen in den letzten Jahren vermehrt wahrgenommen. Zahlreiche Akteur*innen vor Ort berichteten uns von Immobiliennutzung durch und Kaufabsichten von Neonazis. In der diesjährigen Aus-

gabe unserer Publikation „Sachsen rechts unten“ haben wir einige dieser Beobachtungen zusammengetragen und möchten sie der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich machen.

Die Publikationsreihe „Sachsen rechts unten“, erarbeitet und herausgegeben vom Kulturbüro Sachsen e.V., beschäftigt sich seit sieben Jahren mit verschiedenen Facetten der extremen Rechten in Sachsen. In den letzten drei Ausgaben lagen die Schwerpunkte auf der Bedeutung von neuen Mehrheiten und parteipolitischen Konstellationen in den sächsischen Kommunalparlamenten (2020), den Aktivitäten rund um die Gründung eingetragener Vereine durch extrem rechte Akteur*innen (2019) und auf den langjährigen rechten Kontinuitätslinien in Sachsen (2018). Unsere jährliche Publikationsreihe gibt einen Einblick in die qualitative Verfasstheit der Demokratie und ihrer Gefährdungen in diesem Bundesland. Unser Anspruch in dieser aktuellen Publikation ist, exemplarisch zu beschreiben, wie

die derzeitigen Zugangsmöglichkeiten zu Immobilien durch die extreme Rechte zu bewerten sind, welche Wirkmächtigkeit sie entfalten können und welche Gefahren daraus resultieren. Wir blicken zudem aus zivilgesellschaftlicher Perspektive auf die aktuellen Entwicklungen. Unsere Beschreibung beginnt nicht erst dort, wo Gesetze gebrochen und offener Verfassungsbruch propagiert wird.

Im Artikel „Rechte Orte in Sachsen. Ein Überblick“ wurde zusammengetragen, welche verschiedenen Arten von Räumen es gibt, zu denen die extreme Rechte in Sachsen über Zugangsmöglichkeiten verfügt. Es wurden dabei 81 verschiedene Orte analysiert, von denen uns bekannt geworden ist, dass sie in den letzten drei Jahren von Neonazis oder der Neuen Rechten genutzt worden sind. Diese haben wir zu unterschiedlichen Gruppen von Nutzungsarten zusammengefasst. In Dresden wurde insbesondere das Haus einer studentischen Verbindung durch die extreme Rechte bespielt. Im Beitrag „Ein Haus

für Seilschaften. Die Räumlichkeiten der rechten Burschenschaft Salamandria“ wird beschrieben, wie das Objekt zu einem Knotenpunkt für einzelne rechte Akteur*innen in der Landeshauptstadt geworden ist. Welche Wirkung die Nutzung von Immobilien durch Neonazis in einem Gemeinwesen entfalten kann, zeigt insbesondere der Fall Plauen. Dort nutzt die Partei „Der III. Weg“ zwei Häuser, um von dort aus Angebote für den Ort zu unterbreiten. Während die Neonazis im Vogtland mit den beiden Häusern in der Stadt angesiedelt sind, zeigt unser Beitrag „Stille Landnahme“, wie völkische Siedler sich im Landkreis Mittelsachsen niedergelassen haben, um dort - anfangs möglichst unbemerkt - Häuser und Höfe zu übernehmen. Inzwischen ist daraus ein ganzes Netzwerk geworden, das den Landkreis als mögliches Siedlungsgebiet über die sächsischen Landesgrenzen hinaus bewirbt. Das Gegenteil einer stillen Landnahme versuchten Neonazis im letzten Jahr in Ostsachsen. Eine Gruppe um den

extrem rechten Rapper Chris Ares hatte dort den Versuch unternommen, ein sogenanntes „patriotisches Zentrum“ zu errichten und dies über die Sozialen Medien begleitet. Während dieser Versuch relativ erfolglos blieb, existiert mit dem Haus der Deutschen Stimme in Riesa seit vielen Jahren ein neonazistisches Objekt, das die einen oder anderen Erfolge erleben konnte. Die NPD verfügt mit diesem Ort noch immer über ein wichtiges logistisches Zentrum der Partei in Sachsen. Der Niedergang der Partei seit 2013/14 war jedoch auch für die Bedeutung dieser Immobilie nicht förderlich. Im Artikel „Ort der Vereinnahmung“ wird in dieser Publikation eine etwas andere Art von rechten Orten beschrieben. Der Soldatenfriedhof in Göda wird von der Neonazi-Szene seit vielen Jahren als ritueller Ort vereinnahmt. Was dies bedeutet und was die Attraktivität des Ortes ausmacht, wird in dem Beitrag beschrieben. Der Stadt Chemnitz kommt in Bezug auf Immobilien, zu denen die extreme Rechte

über Zugänge verfügt, eine besondere Bedeutung zu. Chemnitz hat sich neben Dresden zu einem Zentrum rechter Bewegungen entwickelt und besitzt eine große Anzahl von Szene-Objekten. In der vorliegenden Publikation werden wir eines dieser Objekte und dessen Rolle in der extremen Rechten näher beschreiben.

Die Erfahrungen aus unterschiedlichen Regionen zeigen, dass niemand der Nutzung von Immobilien durch die extreme Rechte machtlos gegenübersteht. In vielen Städten und Gemeinden sind rechte Orte in den letzten Jahren durch die gute Zusammenarbeit einer aktiven, demokratischen Zivilgesellschaft und einer problembewussten Verwaltung wieder verschwunden oder konnten sich nicht dauerhaft etablieren. An diese Positivbeispiele gilt es anzuknüpfen, um auch die in dieser Publikation angesprochenen Orte Geschichte werden zu lassen.

- 1 -

RECHTE ORTE IN SACHSEN. EIN ÜBERBLICK

Wir werden rechte Räume in Sachsen thematisieren. Unter rechten Räumen verstehen wir Objekte und Liegenschaften, zu denen organisierte Rechte, Neonazis und weitere Vertreter*innen rechter Bewegung Zutritt hatten, um politische Ziele zu verfolgen. Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick zu den unterschiedlichen Objekten in Sachsen, zu denen Neonazis oder Vertreter*innen der Neuen Rechten über Zugangsmöglichkeiten verfügten. In die Betrachtung dieses Artikels sind Räume eingeflossen, die für die jeweiligen extrem rechten Szenen im Zeitraum vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2020 eine Bedeutung hatten. Dem Kulturbüro Sachsen e.V. sind innerhalb dieser drei Jahre im Bundesland insgesamt 81 konkrete Orte bekannt geworden, die von Neonazis oder der Neuen Rechten genutzt wurden. Es sind dabei nur diejenigen Orte eingeflossen, zu denen tatsächliche Nutzungsverhältnisse nachweisbar sind. Wir gehen davon aus, dass es deutlich mehr als 81 Orte in Sachsen gibt, zu denen die extrem rechte Szene Zugangsmöglichkeiten hat. Die Besitzverhältnisse dieser genutzten Räume sind unterschiedlich. Einige sind im Besitz der extrem rechten Akteur*innen selbst, andere gepachtet oder gemietet. Wir haben sie danach betrachtet, welche hauptsächliche Nutzungsart die Objekte im Berichtszeitraum erfüllten. Darüber hinaus haben wir die Bedeutung der Räume überprüft, sind den Fragen nachgegangen, ob eine dauerhafte Nutzung vorliegt, ob sie eine regionale oder überregionale Bedeutung haben und welche extrem rechten Szenen den jeweiligen Ort nutzen.

Nachfolgend haben wir die uns bekannten 81 Orte nach ihrer hauptsächlichen Nutzungsart geordnet. Einige wenige Orte kommen dabei in mehreren Clustern vor, weil sie wiederholt für unterschiedliche Zwecke zur

Verfügung standen. Um den Artikel in einem lesbaren Umfang zu gestalten, gehen wir nicht auf alle 81 Orte im Einzelnen ein. Stattdessen werden die einzelnen Cluster exemplarisch beschrieben und anhand dessen unterschiedliche rechte Orte in Sachsen vorgestellt.

ORTE FÜR DEN RECHTEN LIFESTYLE?

In Sachsen existierten in den letzten drei Jahren mindestens 19 unterschiedliche Räume, die überwiegend als Gewerbeflächen genutzt werden und sich in der Hand der extremen Rechten befinden. Diese sind Eigentum von Neonazi-Akteur*innen oder von ihnen dauerhaft gepachtet oder gemietet. Acht dieser Gewerberäume verteilen sich auf die größeren Städte Chemnitz (4), Dresden (3) und Leipzig (1). Die anderen befanden sich verteilt in den Landkreisen Leipzig, Bautzen, Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Mittelsachsen, Vogtland und Erzgebirgskreis. Nicht mitgezählt wurden Tattoo-Studios, die von Neonazis in Sachsen betrieben werden. Neun der insgesamt 19 von Rechtsextremen genutzten Gewerberäume sind im Untersuchungszeitraum ausschließlich durch die Herstellung und den Verkauf von Szene-Kleidung, rechtsextremer Musik oder Büchern an ihrem konkreten Ort aufgefallen. Von diesen Läden sind keine weiteren politischen Aktivitäten oder Nutzungsarten bekannt. Die anderen zehn Gewerberäume erfüllen noch weitere Zwecke innerhalb der Neonazi-Szene. So lässt sich von einem Laden in der Sächsischen Schweiz berichten, dass das Geschäft sehr gezielt versucht, auch nicht-rechte Klientel

anzusprechen und über diverse Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen. Im Laden wird Bekleidung verkauft, die bei Neonazis beliebt ist. Der Betreiber hat eine lange Geschichte in der lokalen Neonazi-Szene. Das Gleiche ist für ein Modelabel aus dem Erzgebirgskreis zu berichten, das auch bei nicht-rechten Veranstaltungen in der Region in Erscheinung tritt. Sechs der gezählten Geschäfte haben im Berichtszeitraum auch als Treffpunkt für die regionale Neonazi-Szene fungiert. Zwei der Geschäfte befinden sich auf Grundstücken, die gleichzeitig als Lebens- und Wohnort von Neonazis dienen. Auf einer der Gewerbeflächen fand in der Vergangenheit auch eine extrem rechte Großveranstaltung statt. Einer der Gewerberäume ist nicht der Neonazi-Szene zuzuordnen. Stattdessen wird dieser von neu-rechten Akteur*innen genutzt.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass über die Herstellung und den Vertrieb expliziter Kleidung, Tonträger oder Literatur die Identifikation mit der extrem rechten Szene erleichtert wird. Die Läden stellen eine Grundlage für die Präsenz im öffentlichen Raum über Neonazi-Subkulturen und rechten Lifestyle dar. Darüber hinaus bieten die Geschäfte Arbeitsplätze für Szeneangehörige, die vermutlich aufgrund ihrer politischen und antidemokratischen Aktivitäten eingestellt und versorgt werden. Es ist davon auszugehen, dass die Gewinne aus solchen Geschäften in einzelnen Fällen in die Neonazi-Szene zurückfließen. Unklar ist bis heute, ob über die Ladengeschäfte in Chemnitz und Zwickau auch die Rechtsterrorist*innen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) finanziell unterstützt worden sind. Über das Vorhandensein von Szenegeschäften wird die Ansprechbarkeit der lokalen Neonazi-Szene deutlich erleichtert und die strukturelle Ausbreitung der Szene, z.B. über die Bewerbung von Veranstaltungen, vorangetrieben.

ORTE FÜR DIE INSZENIERUNG

Mindestens sieben unterschiedliche Objekte in Sachsen sollten in den letzten drei Jahren überwiegend als Soziale Zentren oder Begegnungszentren der extrem rechten Szene fungieren. Sie befinden sich in Chemnitz, Plauen, Pirna, Dresden sowie in den Landkreisen Bautzen, Leipzig und Mittelsachsen. Einige dieser Orte orientieren sich an

der Idee der faschistischen CasaPound-Bewegung in Italien. Diese hatte kurz nach der Jahrtausendwende in Rom damit begonnen, Häuser zu besetzen und von diesen ausgehend Soziale Zentren zu errichten. Diese leisten beispielsweise Nachbarschaftshilfe oder bearbeiten lokale Themen aus einer faschistischen Perspektive. Das erste besetzte Objekt der militanten italienischen Faschist*innen trug den Namen "Casa Montag". Und es ist kein Zufall, dass auch das neonazistische Objekt in Pirna den Namen "Haus Montag" in Anlehnung an das italienische Vorbild trägt. Die Faschist*innen der CasaPound-Bewegung hatten in der Vergangenheit sehr gute Kontakte zum Umfeld der NPD, ihrer Jugendorganisation Junge Nationalisten (JN) und anderen Neonazi-Gruppen in Deutschland.

In der Betrachtung der sogenannten Sozialen Zentren ist wichtig zu beachten, dass bei den Objekten in Sachsen oft eine große Diskrepanz zwischen Schein und Sein besteht. In den Selbstdarstellungen der Neonazis wird der Anschein erweckt, dass diese Orte als Nachbarschaftszentren fungieren, dabei großen Einfluss auf das Gemeinwesen nehmen und eine breite Bevölkerungsschicht erreichen. In der Realität ist es hingegen überwiegend so, dass diese Orte bei weitem nicht die Strahlkraft entwickeln können wie ihre italienischen Vorbilder. Hinter dem "Haus Montag" und dem nahestehenden Klub 451 in Pirna agiert vor allem der langjährige Neonazi-Kader Thomas Sattelberg, der in den Prozessen um das Verbot der kriminellen Vereinigung Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) eine tragende Rolle spielte und später in der NPD aktiv wurde. Unter der gleichen Anschrift wie das "Haus Montag" firmiert auch das Geschäft "Kryptonit", welches Bekleidung für Neonazis verkauft. Als Ansprechpartner auf der dazugehörigen Website wird Thomas R. benannt, der ebenfalls bei der SSS aktiv war. Die Immobilie gibt sich nach außen (z.B. in den Sozialen Medien) in der Tradition der CasaPound, ist aber tatsächlich "nur" ein wichtiger Treffpunkt der lokalen Neonazi-Szene. In Döbeln eröffnete der langjährige Kader Stefan T. gemeinsam mit anderen Neonazis ein Büro unter der Bezeichnung "D32-Aktion Solidarität". In der Eigendarstellung gibt das "D32" vor, eine kostenlose Tauschbörse zu sein, die u.a. Schulmaterial für Erstklässler*innen zur Verfügung stellt und Hausaufgabenhilfe anbietet. Die NPD bezeichnet den Ort als "Soziales Zentrum". Als Leitsatz für die Bemühungen des Ortes gab T. aus: "Erst

unser Volk, dann all die anderen. Erst unsere Heimat und dann die Welt!“ Zu den von Neonazis als Soziale Zentren dargestellten Orten in Chemnitz und Plauen bietet die vorliegende Publikation eigene Beiträge.

In Dresden existiert ein sozialer Ort, der durch rechte Akteur*innen betrieben wird, die in der Vergangenheit nicht in der klassischen Neonazi-Szene aktiv waren. Stattdessen stehen die Protagonist*innen dem Umfeld der völkischen Pegida-Bewegung und der neu-rechten Gruppierung Ein Prozent nahe. Der Verein Dresdner Bürger helfen Dresdner Obdachlosen und Bedürftigen e.V. betreibt eine Begegnungsstätte für Obdachlose und führt diverse öffentlichkeitswirksame Aktionen zur Unterstützung von Obdachlosen durch. Der Verein wurde dabei u.a. von AfD-Parteifunktionären, aber auch durch einzelne Neonazis, die der NPD angehörten, unterstützt. In den Videos, die der Verein von seinen Aktionen ins Internet stellte, war u.a. der ehemalige Bundesvorsitzende der NPD-Jugendorganisation JN aufgetreten. Die Videos wurden u.a. von der neu-rechten Gruppierung Ein Prozent verbreitet. Im Umfeld ebenjener Gruppierung war in den letzten Jahren in Dresden auch Julian M. aufgetreten, von dem auch Bilder existieren, auf denen er im oben genannten Pirnaer „Haus Montag“ mit CasaPound-Plakaten posiert.

ORTE DER ERTÜCHTIGUNG

In einem Teil der neonazistischen und neu-rechten Szene spielen Kampfsport und körperliche Ertüchtigung eine wichtige Rolle. In der Tradition des Nationalsozialismus und orientiert an rassistischen Menschenbildern hat der durchtrainierte und kampfbereite, soldatische Mann eine tragende Rolle. Außerdem wird suggeriert, für den Straßenkampf trainiert sein zu müssen, um die eigene Vormachtstellung zu erkämpfen, durchzusetzen und zu festigen oder um politische Gegner*innen oder Menschen anzugreifen, die nicht ins eigene Weltbild passen. Einige Neonazis möchten sich durch die körperliche Ertüchtigung auf einen Tag X vorbereiten, an welchem ein gewaltsamer Umsturz stattfinden soll. Inzwischen wird über extrem rechte Kampfsportevents oder rechte Kampfsport-Label zudem auch viel Geld umgesetzt.

Während der Erstellung dieser Publikation haben wir festgestellt, dass die Quellenlage zu Kampfsportzentren und Fitnesscentern mit rechten Markierungen und Nutzer*innen sehr schlecht ist. Wir möchten daher in diesem Cluster zwei Orte exemplarisch vorstellen. Zum einen existiert in Bautzen mit der Boxabteilung des SV Post Germania Bautzen ein Sportverein, dessen Infrastruktur im Berichtszeitraum von einer ganzen Reihe organisierter Neonazis und rechtsextremer Hooligans genutzt werden konnte. Insbesondere die Boxnächte des Vereins waren ein wichtiger Treffpunkt für Boxer, die etwa der Neonazi-Szene angehören. Ebenso wird das Event von zahlreichen sächsischen Neonazis als Zuschauer*innen besucht. In Taucha bei Leipzig hat ein Sportzentrum für Kampfsport eröffnet, das u.a. von in der Region bekannten Neonazis betrieben wird. Im „Imperium Fight Team“, dessen Trainer den Raum mit betreibt, trainieren diverse extrem rechte Kampfsportler. Zahlreiche Neonazis aus dem Umfeld dieses „Imperium Fight Teams“ waren im Januar 2016 bei einem rechten Angriff auf Geschäfte, Häuser und Menschen im Leipziger Stadtteil Connewitz beteiligt. Außerdem sollen rechte Hooligans aus demselben Spektrum im November 2020 in Leipzig daran mitgewirkt haben, eine Querdenken-Demonstration gewaltsam gegen die Polizei durchzusetzen.

Die landesweite Recherche zu Sport-, Fitness- und Kampfsportzentren, zu denen die extrem rechte Szene über Zugangsmöglichkeiten verfügt, stellt ein Desiderat dar. Es existieren vereinzelte Hinweise und Berichte über Veranstaltungen, Trainingsgruppen, Mitglieder mit politischer rechter Gesinnung und Organisationszugehörigkeit von Sportstätten. Die Informationslage ist für eine Bewertung und Beschreibung im Sinne der Publikation jedoch nicht ausreichend.

ORTE FÜR DIE GROSSEN SACHEN

Events und Großveranstaltungen gehören zu den verbreitetsten öffentlichen Nutzungsarten. In den letzten drei Jahren konnten in Sachsen 30 Orte genutzt werden. Neben den weiterhin für die rechte Musikszene wichtigen Konzerten finden sehr häufig sogenannte Zeitzeu-

genvorträge statt. Oft werden beide Formate kombiniert. Die überregionalen Kampfsportevents, etwa das TIWAZ in Grünhain bei Zwickau oder der Kampf der Nibelungen in Ostritz, finden immer wieder Austragungsorte in Sachsen. Als Großveranstaltung gelten in unserem Artikel alle Veranstaltungen mit mehr als 50 Teilnehmenden.

Für diese Art der Nutzung wurde in 16 Fällen auf gemietete Objekte und Liegenschaften zurückgegriffen. Eingemietet wird sich dabei oft in Gasthöfe, sogenannte Mietlokale, wie beispielsweise in Aue in eine alte Diskothek oder in Vereinsräume. Aber es stehen auch zehn Objekte zur Verfügung, die in Besitz der extremen Rechten sind. Auf der bundesweit bekannt gewordenen Liegenschaft in Ostritz in Ostsachsen können seit mehreren Jahren große Kampfsport- und Konzertveranstaltungen stattfinden. Hier hat sich auch ein weit gefächerter Gegenprotest formiert und es sind behördliche Auflagen erlassen worden. Einen konstanten und sehr regelmäßig genutzten Konzertveranstaltungsstandort stellt ein Gasthof in Staupitz im Landkreis Nordsachsen dar. Ähnlich in Nut-

zung und Kontinuität befinden sich Veranstaltungsorte in Mücka, Hoyerswerda und Leipzig.

15 Orte werden nach erfolgreichen Veranstaltungen wieder oder dauerhaft genutzt. Aber ebenso gibt es zwölf Objekte, die nur einmalig oder wenig genutzt wurden. Wenn der Ort nicht attraktiv ist, weil sich Anwohner*innen gegen Veranstaltungen wehren oder das Event durch Polizeieinsätze abgebrochen wird, werden die Locations danach oft nicht mehr genutzt. Eine Strategie um sich in Lokale einzumieten, ist das Vorgeben falscher Gründe für die Einmietung, wie etwa eine private Geburtstagsfeier. Nach Bekanntwerden der Täuschung können die Mieter*innen oft kein zweites Mal zurückkehren.

Die Nutzung erfolgt überwiegend durch die Neonazi-Szene, bei der Konzerte einen konstanten und wichtigen Teil der politischen Arbeit darstellen.

Für Großveranstaltungen stellen auch die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ in Plauen und die verfassungsfeindliche Partei NPD in Riesa ihre Immobilien zur Verfügung.



Brauhausstraße in Chemnitz



ORTE FÜR DAS RECHTE LEBEN

Eine weitere Nutzungsart von elf uns bekannten Objekten sind auch Wohnorte und Orte der Lebensgestaltung. Dabei haben die Objekte mehr einen Nutzungscharakter für organisatorische und ideologische Belange, als sie private Wohnobjekte sind. In den scheinbar privaten Räumen finden interne Treffen und Vernetzungsveranstaltungen statt. Auch Liederabende und Konzerte für einen sehr begrenzten Personenkreis werden an privaten Orten veranstaltet. In zwei Objekten wird daneben auch Gewerbe betrieben.

Neun dieser Objekte befinden sich in privatem Eigentum, was eine weitgehend freie und ungestörte Nutzung im Sinne des vom Grundgesetz geschützten Privat- raumes ermöglicht.

Interessant sind hier vor allem die verschiedenen Szenen der rechten Bewegungen, die auf solche Konzepte zurückgreifen. Klassisch sind die Rechtsrock-affinen Neonazis, die ihre Immobilien für Konzerte bereitstellen. Neu entstanden sind völkische Siedler*innennetzwerke, wie beispielsweise in und um Leisnig im Landkreis Mittelsachsen. Dankwart S. betreibt dort seinen rechten Versandhandel "Adoria-Verlag". Des Weiteren haben sich hier Christian F., ehemaliger Angehöriger der Heimat-treuen Deutschen Jugend (HDJ), und andere ehemalige NPD-Funktionäre und HDJ-Aktivist*innen angesiedelt. Die völkischen Siedler*innen lassen sich vor allem in ländlich geprägten Gegenden nieder.

Als Teil der rechten Bewegungen sind die Burschenschaften zu verstehen, welche im extrem rechten Dachverband "Deutsche Burschenschaft" organisiert oder durch rechtsextreme Aktivitäten aufgefallen sind. Diese nutzen städtische Räume und Objekte in Sachsen. In Leipzig sind dies die Burschenschaften "Arminia zu Leipzig" und "Germania". In Dresden ebenfalls die Burschenschaft "Arminia zu Leipzig" und die "Salamandria". Wie Recherchen belegen, sind diese Räume mit rechten Strukturen verwoben und durchdrungen. Dort bilden sich Netzwerke und die Räumlichkeiten der „Verbindungs-Häuser“ der Burschenschaften sind eigens und immer schon konzeptionell Orte für Veranstaltungen wie Vorträge und gesellige Abende. Die Nutzung für und durch die Szenen und Akteur*innen der rechten Bewegung ist somit weithin unauffällig und trägt zusätzlich

zu deren Normalisierung bei. Zudem sind Burschenschafts-Häuser günstige Wohnmöglichkeiten für bei ihnen organisierte Studierende. Rechte Burschenschaften sind oft bundesweite und auch elitäre Verbindungen, rechte Kaderschmieden und Vernetzungsräume.

ORTE FÜR DIE FUNKTIONÄRE

In Sachsen haben verschiedene extrem rechte Parteien Immobilien zur Verfügung. Insgesamt gibt es sieben Objekte, die zu diesem Cluster gezählt werden können, weil sie überwiegend als Parteiräume genutzt werden.

Die Alternative für Deutschland (AfD) verfügt im Bundesland Sachsen über mindestens 13 eigene Büros in unterschiedlichen Orten. Für den hier vorliegenden Artikel haben wir Parteiräume, die von der AfD oder ihren Mitgliedern gemietet oder zur Verfügung gestellt werden, nicht mitgezählt. Die sieben beschriebenen Orte werden durch andere rechte Parteien genutzt.

Die NPD besaß mehrere Büros, so in Meerane, in Oberlungwitz, in Pirna und in Riesa. Die Partei verliert zwar immer mehr an politischer Bedeutung, doch sind Objekte und Liegenschaften der Partei durchaus wichtige Orte für die rechte Bewegung. In Pirna war das „Haus Montag“ nicht nur das Parteibüro des Kreisverbandes der NPD Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, sondern ist zugleich Anlaufpunkt für verschiedene Rechtsradikale der Region. Hier finden regelmäßig Veranstaltungen wie Mitgliederversammlungen, Vorträge und Schulungen statt. Im Nebengebäude entstand 2017 ein Kneipenraum mit dem Namen Klub 451 Pirna.

Seit 2017 betreibt die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ ein Büro in Plauen. Im Mai 2019 wurde zusätzlich ein zweites Partei- und Bürgerbüro eröffnet, welches vielfältig genutzt wird. Im Stadtrats- und Kreistagsbüro vom Stadtrat der neonazistischen Kleinstpartei Tony Gentsch werden auch Hausaufgabenbetreuung, Gitarrenunterricht, Kleiderkammer, Kampfsporttraining für Kinder und Erwachsene, Frauenfrühstück und verschiedene Vorträge und Schulungen beworben. Fast alles davon sind kostenlose Angebote für „Deutsche“ im Sinne der völkisch-rassistischen Ideologie der Partei. Angenommen werden diese Angebote in der Realität überwie-

gend von rechten Szeneangehörigen und ihren eigenen Familien. Die Partei versucht sich dadurch über ein vor- geblich soziales Engagement in der strukturschwachen Region zu etablieren und ein bürgerlich anscheinendes Ladenlokal zu etablieren

Pro Chemnitz-Vorstand Martin Kohlmann betreibt ein Objekt in Chemnitz, in welchem er seine Kanzlei hat; der Ort ist auch Treffpunkt für die Wählervereinigung Pro Chemnitz. Seit 2019 gibt es vermehrt den Anspruch, dort ein „Bürgerzentrum“ errichtet zu haben. Seit 2000 befindet sich in Riesa die Deutsche Stimme-Verlagsgesellschaft mbH. Zur Nutzung und Bewertung der Liegenschaft haben wir einen gesondert darauf eingehenden Artikel in der Publikation verfasst.

ORTE FÜR DIE KLEINEN SACHEN

Im Berichtszeitraum sind uns 37 Orte in Sachsen bekannt, zu welchen die extrem rechte Szene Zugangsmöglichkeiten hatte, um kleinere, interne Veranstaltungen mit weitaus weniger als 50 Teilnehmenden durchzuführen. Sie dienten den Nutzer*innen, um sich regelmäßig zu treffen und Stammtisch- oder Kameradschaftsabend durchzuführen. Mehr als die Hälfte dieser Orte wird für verschiedene Formate von Treffen und Veranstaltungen genutzt und wurde aus diesem Grund in einem der anderen Cluster bereits in den Beschreibungen mit bedacht. Sie tauchen hier ein zweites Mal auf. Bis auf wenige Ausnahmen standen die Orte im Berichtszeitraum der Bewegung und ihren Szenen dauerhaft zur Verfügung. Sechs der Räume werden neben ihrem Charakter als regelmäßige Treffpunkte auch als Gewerberäume genutzt. Ebenfalls sechs Räume werden auch als Parteibüros verwendet. Acht Räume kommen auch im Cluster Wohnen/Leben vor und an sieben der Orte fanden in der Vergangenheit ebenso Großveranstaltungen mit mehr als 50 Teilnehmenden statt. Die zehn anderen Orte sind uns im Berichtszeitraum ausschließlich für die Nutzungsart regelmäßiger Treffen und kleinerer, interner Veranstaltungen bekannt. Vier davon sind Lokale in Kleingarten-sparten. Weitere Orte sind beispielsweise Gaststätten, bekannt ist ein Vereinsraum. Auch dazuzurechnen sind das Grundstück eines Szeneangehörigen und ein Son-

nenstudio. Es ist davon auszugehen, dass die tatsächliche Anzahl von Räumen, die der rechten Bewegung und ihren Szenen in Sachsen für regelmäßige, kleinere Treffen zur Verfügung stehen, um ein vielfaches höher ist. Hier wurden nur die Orte betrachtet, die dem Kulturbüro Sachsen e.V. im Berichtszeitraum bekannt waren.

Auch diese kleineren Räume haben eine grundlegende Bedeutung für die Szenen der rechten Bewegungen. Hier kann ungestört und in verbindlichem Rahmen die Organisation von Binnenwirkung schaffenden Veranstaltungen und Treffen stattfinden. Für die rechte Bewegung und ihre Szenen sind diese Objekte Orte eigener Hoheiten über Rahmenbedingungen wie Zugänge, Öffnungszeiten und Kontrollausübung. Mithilfe interner Treffen, Absprachen, Schulungen oder Seminare im engsten Kreis ist eine Kaderbildung möglich. Die dauerhaften Zugangsmöglichkeiten tragen wesentlich zur Normalisierung bei und erleichtern das fortdauernde und anwachsende Erstarren der rechten Szenen in Sachsen.

FAZIT

Der Zugang zu Immobilien ist die infrastrukturelle Grundlage dafür, dass die Organisation der politischen Arbeit und damit die Verbreitung rechter Ideologie stattfinden kann. Zudem werden durch Veranstaltungen oder Gewerbe unterschiedliche Einnahmen generiert.

Mit einer Gesamtzahl von mindestens 81 konkreten Orten verfügen die extrem rechten Bewegungen und ihre Szenen in Sachsen über eine ausgesprochen hohe Anzahl von Räumen, zu denen sie in den letzten drei Jahren Zugangsmöglichkeiten hatten. Es existiert in Sachsen kein Landkreis ohne solche Objekte. Es ist daher von einem flächendeckenden Problem zu sprechen.

Mithilfe unserer Darstellung in dem vorliegenden Artikel konnten wir zeigen, dass diese Orte auf höchst unterschiedliche Weise und mit diversen Nutzungsarten betrieben werden. In jedem der vorangestellten Cluster stehen den extrem rechten Bewegungen und ihren Szenen im Bundesland mehrere Objekte zur Verfügung. Sachsen ist bezüglich der Orte für Großveranstaltungen, rechter Gewerberäume, Sozialer Zentren, Parteibüros und einfacher Szene-Treffpunkte überdurchschnittlich gut ausgestattet.

Es existieren in Sachsen rechte Objekte, die in privatem Besitz sind und bereits seit vielen Jahren zur Verfügung stehen. Ebenso gibt es Räume, die über längere Zeiträume gemietet oder gepachtet werden, und Orte, die nur kurzzeitig genutzt werden konnten.

Der überwiegende Teil der 81 Räumlichkeiten dieser Analyse hat eine regionale Bedeutung für die Neonazi-Szene in der direkten Umgebung des Ortes. Wir können nur bei einigen wenigen Objekten von einer überregionalen Bedeutung sprechen. Allerdings verfügt eine gut etablierte und mit eigenen Räumen ausgestattete lokale Neonazi-Szene über deutlich bessere Möglichkeiten, sich mit anderen Gruppen und Zusammenhängen zu vernetzen und damit ein überregionales Netzwerk aufzubauen. Mit den Konzertstandorten in Ostritz, Staupitz oder Mücka existierten im Berichtszeitraum mindestens drei Orte in Sachsen, die eine überregionale Bedeutung für die neonazistische Musikszene haben. Auch die Bedeutung der Räume der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ in Plauen ist nicht auf das Vogtland zu beschränken. Welche Anziehungskraft einzelne dieser rechten Orte haben können, zeigt nicht zuletzt der gezielte Zuzug Dortmunder Neonazi-Kader nach Chemnitz, wo es gleich mehrere solcher Objekte gibt.

Die Entstehung von kleinen Gruppen völkischer Siedler*innen in Mittelsachsen zeigt, dass das Bundesland auch für diese Klientel als attraktiver Ort wahrgenommen zu werden scheint. Gerade im ländlichen Raum wird über die Raumnahme eine Normalisierung des rechten Lifestyles und damit antidemokratischer Ideologien im Gemeinwesen produziert. Die rechten Bewegungen können dadurch immer differenzierter und selbstbewusster auftreten. Es werden Handlungsmöglichkeiten vergrößert und Vernetzungen ermöglicht.

Die Gefahr, die von rechten Räumen ausgeht, ist überhaupt nicht hoch genug einzuschätzen. Die Zugangsmöglichkeiten zu unterschiedlichen Orten setzen die Potenziale für die Akteur*innen der rechten Bewegungen erst frei. Allerdings sollte die diskursive Konstruktionsebene von Raum mit beachtet werden. Die extreme Rechte möchte durch Raumnahme eine Hegemonie erlangen und neben den materiellen Orten einen symbolischen Raum besetzen.¹ Das tut sie beispielsweise, indem sie sich als sozialer Player in einer Region geriert. Diese Narrative können durch mediale Berichterstattung sogar gestärkt

werden und haben damit ebenso Anteil an der symbolischen Raumerweiterung. Deswegen ist es unabdingbar, die Aktivitäten zu beobachten, aber das Narrativ kritisch zu hinterfragen, um diesen materiellen Orten nicht mehr Raum zu geben, als ihnen zusteht.

Zu beobachten war in Sachsen in der Vergangenheit auch, dass rechte Orte sich nur dort etablieren konnten, wo sie wenig Widerstand erfahren haben. Da, wo neue rechte Projekte im Entstehen sind, zeigt sich manchmal Gegenwehr aus der lokalen Bevölkerung. Dies macht die Orte unattraktiv für die extreme Rechte und nimmt ihnen wieder den Raum. So können Konzerte teilweise verhindert werden, bevor sie überhaupt stattfinden oder die Orte werden ihnen kein zweites Mal zur Verfügung gestellt.

Dass einige Konzerte und Veranstaltungen immer noch sehr klandestin und konspirativ organisiert werden müssen, zeigt, dass an vielen Orten kein selbstbewusstes öffentliches Auftreten der extremen Rechten ohne Gegenwehr möglich ist.

Die erfolgreiche Auseinandersetzung mit rechten Orten in Sachsen kann vor allem durch ein gutes Zusammenspiel staatlicher Akteur*innen und der Zivilgesellschaft gelingen. So verfügen Kommunalverwaltungen und Ordnungsbehörden über ein breites Repertoire von Möglichkeiten, um entweder die Nutzungsart bestimmter Räume oder auch die Kaufrechte von Neonazis zu prüfen. Die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sind gefordert, an ihren Orten die rechten Räume zu thematisieren, ihre Funktion öffentlich zu problematisieren und der Nutzung durch Neonazis zu widersprechen.

¹ | Berg, Lynn/Üblacker, Jan (2020): *Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 200.



Markersdorfer Straße in Chemnitz

- 2 -

EIN HAUS FÜR SEILSCHAFTEN. DIE RÄUMLICHKEITEN DER RECHTEN BURSCHENSCHAFT SALAMANDRIA



Bernhardstraße in Dresden

Aus den kleinen Fenstern im Dachgeschoss der Villa Grüber im Dresdner Stadtteil Plauen ist es sicherlich ein schöner Blick über die Stadt Dresden und ihre historische Altstadt. Die besten Jahre der Villa scheinen jedoch vergangen. Das Dach, aber auch der Putz im sogenannten Heimatstil sind notdürftig repariert und zeigen, eine vollständige Sanierung der mit Elementen der Heimatschutzarchitektur Anfang des 20. Jahrhunderts errichteten Villa würde dem Gebäude guttun. Die Villa Grüber ist seit 2015 Konstante¹ der Burschenschaft Salamandria und damit zu einer wichtigen neu-rechten Anlaufstelle und rechtem Zentrum geworden. Am äußeren Erscheinungsbild der Villa hat sich mit dem Einzug der Burschenschaft Salamandria nicht viel geändert.

EIN BUND FÜRS LEBEN

Sich auf eine Tradition bis in die DDR-Zeit berufend, reaktivierten 14 Altmitglieder die Burschenschaft Salamandria 2014 wieder. Danach warb die Salamandria laut Angaben des StuRas der TU Dresden in der neu-rechten Zeitung „Junge Freiheit“ um Mitglieder² – sogenannte Aktivitas, wie bei Burschenschaften der studentische Nachwuchs und die aktiven Burschen genannt werden. 2016 meldete sich die Burschenschaft dann offiziell als aktiv. In Burschenschaften herrscht ein Lebensbundprinzip, der Schwur auf eine lebenslange Mitgliedschaft. Nach Abschluss des Studiums werden Aktivitas zu sogenannten „Alten Herren“. Die Burschenschaft wird so zu einem Netzwerk aus Alten Herren und Aktivitas, welche Kontakte verbindet, Ressourcen aktiviert und Seilschaf-

ten entstehen lässt. Gerahmt wird dieses Netzwerk von einem sogenannten Comment, ein auf jahrhundertealten Traditionen beruhendes Regelwerk mit eigenem Liedgut, sowie einer Couleur – die Farben der Verbindung, die auf Mützen, Nadeln oder Bändern zu finden sind. Die Burschenschaft Salamandria gehört außerdem zu einer schlagenden Verbindung, hier sind Mensuren verpflichtend. Mindestens drei sogenannte Mensuren – studentischer Zweikampf im Fechten in Tradition des deutschen Waffenstudententums – sind bei der Salamandria Pflicht. Die Mensur soll „der charakterlichen Selbsterziehung“ dienen. „Wir stählen Körper und Geist, um so die Fähigkeit zu erwerben, auch im künftigen Leben die Kontrolle über eine Situation zu behalten.“, heißt es auf der Homepage der Salamandria. So „festigt gemeinsames Training den Zusammenhalt, der auch nach dem gemeinsamen Bestehen der Ausnahmesituation ein Leben lang anhält“, heißt es dort weiter.

Unter den Alten Herren sowie im Impressum der Homepage der Burschenschaft zeigt sich der Diplomingenieur Werner Engelmann. Laut dem StuRa der TU Dresden pflegte dieser Kontakte zur Burschenschaft Dresdensia-Rugia in Gießen sowie zur Heidelberger Burschenschaft Normannia. Der ehemalige Vorsitzende der Normannia, Egon Manz, soll laut Angaben von Burschenschafts-Experte Lucius Teidelbaum ebenfalls Alter Herr der Salamandria sein.³ Die Rhein-Neckar-Zeitung schreibt, dass Fotos und ein Video existieren, die ihn in der Couleur, den Farben violett-weiß-rot, der Salamandria zeigen.⁴ Der ehemalige Polizeibeamte Egon Manz steht in Heidelberg nach offen neonazistischen Vorfällen sowie einem antisemitischen Übergriff im August 2020 in der Burschenschaft Normannia unter Druck. So habe er als damaliger Vorsitzender zu spät gegen die offen neonazistischen Umtriebe gehandelt und nicht konsequent eingegriffen, heißt es in der Rhein-Neckar-Zeitung.⁵ Mittlerweile habe er das Lebensbundprinzip gebrochen und sowohl die Mitgliedschaft in der Salamandria, als auch in der Normannia beendet, heißt es weiter.

Die feierliche Aufnahme der Salamandria in den Dachverband „Deutsche Burschenschaften“ 2014 direkt nach der Reaktivierung, und damit Entscheidung, sich unter einem äußerst rechtsstehenden Dachverband zu sammeln, untermauert einmal mehr die politischen Netzwerke, die für die Wiederbelebung genutzt wurden.

Während immer mehr gemäßigte Verbindungen und Burschenschaften dem Dachverband „Deutsche Burschenschaften“ (DB) den Rücken zukehren, entschied sich die Burschenschaft Salamandria dennoch für diesen extrem rechten Dachverband.

Den Alten Herren ging es also scheinbar nicht nur um Brauchtumpflege und Tradition, sondern auch um eine Vernetzung nach ganz rechts außen. Eingebettet in ein solch breites Netzwerk aus Burschenschaften und Alten Herren, gelang es der Salamandria im Jahr 2015 offiziell, die Villa Grüber als Konstante zu gewinnen und damit ein Anlauf- und Wohnobjekt für extrem rechte Strukturen in Dresden zu schaffen.

DIE BÜHNE FÜR RECHTS AUSSEN

Schon bei einer der ersten dokumentierten Veranstaltungen in der Villa Grüber zeigte sich, dass die Burschenschaft Salamandria sehr eng ins extrem rechte Milieu vernetzt ist. So berichtet der StuRa der TU Dresden, dass zu den Feierlichkeiten anlässlich des 49. Gründungstages im November 2015 eine Aktivistin der extrem rechten Initiative „Freigeist“ aus Aue Festrednerin war. „Freigeist“ war bis 2019 ein Verein des Neonazis und Ex-NPD-Kaders Stefan Hartung.

Im Oktober 2016 durfte der islamfeindliche Autor und Rechtspopulist Akif Pirinçci aus seinem damals neu erschienenen Buch „Umvolkung“ in der Villa Grüber lesen. Akif Pirinçci ist nach seiner Rede zum zweiten Pegida-Geburtstag im Oktober 2015 wegen Volksverhetzung verurteilt worden.⁶ Durch diese Rede verlor er zahlreiche Vertrags- und Geschäftspartner*innen. Das Internationale Auschwitz Komitee sprach im Zuge der Rede von einem „widerlichen Signal der Schamlosigkeit“. Unterstützung bekam Pirinçci aus dem Umfeld der Alternative für Deutschland (AfD) und neu-rechten Kreisen. Mittlerweile darf Pirinçci im neu-rechten Antaios Verlag von Götz Kubitschek publizieren. Kubitschek war ebenfalls Redner beim 50. Gründungsfest der Salamandria.

Regelmäßige Gäste in den Räumlichkeiten der Burschenschaft Salamandria sind zudem Vertreter*innen der AfD. Nach dem Einzug in den Bundestag 2017 traten Bundestagsabgeordnete der AfD wiederholt als

Redner*innen in der Burschenschaft auf. Sie hielten Vorträge zur Russlandpolitik oder über den Wechsel von der CDU zur AfD. Auch die Junge Alternative nutzte die Burschenschaft für Veranstaltungen.

REKRUTIERUNGSUMFELD FÜR DIE IDENTITÄRE BEWEGUNG

Neben der AfD nutzte auch die neu-rechte Szene in Dresden die Räumlichkeiten der Burschenschaft regelmäßig für ihre Veranstaltungen oder die Vorbereitung von Aktionen. Insbesondere für die in den Jahren 2016 bis 2018 besonders aktive Ortsgruppe der Identitären Bewegung (IB) stellte die Villa Grübler eine zentrale Anlaufstelle dar. So schrieb der ehemalige Leiter der Regionalgruppe Sachsen Martin Bader⁷ die Festschrift zum 50. Gründungsjubiläum der Salamandria in den Burschenschaftlichen Blättern und ist auf einem Foto in den Farben der Kooperation zu sehen. Die Vorbereitungen für eine Aktion der IB im Februar 2017 an einer Kunstinstallation auf dem Dresdner Neumarkt fanden ebenfalls in den Räumen der Burschenschaft statt. Dabei führte auch der IB-Führungskader Martin Sellner in einem Video durch die Räumlichkeiten. Im Juli 2017 sorgten Schießübungen mit einem Luftgewehr im Garten der Burschenschaft Salamandria für einen Polizeieinsatz. Dabei hatte eine der angetroffenen Personen Bezüge zur IB. Laut Angaben der Landesregierung dient die Burschenschaft Salamandria jedoch nicht nur als Anlaufpunkt für Mitglieder der Identitären, sondern auch als Wohnobjekt für Rechtsextremisten.

VILLA GRÜBLER ALS NOTNAGEL FÜR EIN PROZENT E.V.

Nachdem die Büroräume der Initiative Ein Prozent e.V. nach kreativen Protesten 2018 gekündigt wurden, kam der Verein vermehrt in der Villa Grübler unter. Der Verein versteht sich als „professionelle Widerstandsplattform“ gegen „eine politische Klasse, die längst nicht mehr die Interessen der eigenen Bevölkerung schützt, die sogar behauptet, es gäbe überhaupt kein eigenes Volk.“ Der

2015 gegründete und als rechter Kampagnenmanager agierende Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, AfD, Pegida, rechte Aktivist*innen und Projekte zu vernetzen und als Bindeglied zu fungieren. Die Gründer*innen der Initiative Ein Prozent e.V. stammen aus verschiedenen Bereichen des neu-rechten und extrem rechten Spektrums. Hinsichtlich der bei Ein Prozent e.V. aktiven Personen zeigt sich, dass es starke Überschneidungen in das Netzwerk der Burschenschaft Salamandria gibt. So ist der Pressesprecher des Dachverbandes „Deutsche Burschenschaften“ Philipp Stein auch Vorsitzender von Ein Prozent e.V. sowie Kleinstverleger des neu-rechten Jungeuropa Verlages. Der Verlag veranstaltete in der Villa Grübler 2018 einen kleinen Kongress. Bei Ein Prozent e.V. absolvierten mindestens zwei Aktivitas der Salamandria ein Praktikum. Videos für Ein Prozent e.V. sind teilweise in der Villa Grübler gedreht und die Räumlichkeiten für verschiedene Vernetzungstreffen genutzt worden. Im neuen „Hausprojekt“ von Ein Prozent e.V. auf der Kurt-Beyer-Straße in Dresden stand 2019 zudem Julian M., ehemaliges Mitglied des JN-Bundesvorstandes und ebenfalls Aktivita der Burschenschaft Salamandria, gemeinsam mit Philipp Stein am Klingelschild. Im Oktober 2019 trat Ein Prozent e.V. als Sponsor für eine NDS-Party⁸ in der Villa Grübler auf, bei der der rechte Rapper Kai N., Julian M. sowie der IB-Kader Alexander („Malenki“) Kleine anwesend waren.

Immer mehr sieht sich Ein Prozent e.V. als Produzent einer sogenannten Gegenkultur. Emanzipatorische Errungenschaften seit der 68er-Bewegung sowie die Liberalisierung der Gesellschaft betrachtet dieses Konzept als Gefahr, gegen die es Widerstand zu leisten gilt. Hierfür schafft sie eigene Medienangebote – die sogenannte Gegenkultur. Vor der Präsentation des eigenen Filmstudios, erinnerte die Kulisse einiger Videos von Ein Prozent e.V. stark an den Garten und die Räumlichkeiten der Villa Grübler. Auch theoretisch knüpft die Salamandria an das Konzept der Gegenkultur an und wirbt mit dem Begriff auf ihrer Homepage für sich.



Bernhardstraße in Dresden

DIE VILLA ALS RAUM FÜR INTERNE VERNETZUNG UND STRUKTURAUFBAU

Die Villa Grübler zeigt in besonderem Maße, wie wichtig eigene Räumlichkeiten für ein rechtes Netzwerk sowie den Strukturaufbau sind. Die Villa ist in vielen Belangen ein wichtiger Anker für die rechte Szene in Dresden geworden. Die Konstante der Burschenschaft Salamandria war Ausweichort und Vernetzungsplattform für verschiedene rechte Gruppierungen. Von der AfD über Ex-NPD-Kader bis hin zu rechten Vordenker*innen oder aktivistischen Gruppierungen wie der Identitären Bewegung – alle nutzen die Räumlichkeiten der Salamandria. Insbesondere für die rechte Vernetzungsplattform Ein Prozent e.V. ist die Bedeutung der Villa Grübler für Veranstaltungen, Schulungen und als Kulisse für Videodrehs nicht zu unterschätzen. Die Burschenschaft vereint Akteur*innen aus unterschiedlichen Zusammenhängen und die Villa Grübler ist der Raum, in dem diese Vernetzung stattfinden kann. Sie ist somit für das Netzwerk von elementarer Bedeutung und sicherer Hafen, wenn andere Räumlichkeiten wegfallen.

In den letzten zwei Jahren sind die Veröffentlichungen der Burschenschaft Salamandria deutlich zurückgegangen, was unter anderem der kritischen Beobachtung durch die Zivilgesellschaft zu verdanken ist. Auch ist es dem Netzwerk um die Burschenschaft bisher nicht gelungen, Kontakte in eine breite Öffentlichkeit zu knüpfen. Die Räumlichkeiten der Burschenschaft sind ernst zu nehmen, da sie genutzt werden, um sich im internen, elitär anmutenden Kreis fortzubilden und zu vernetzen. Der Rückzug aus der Öffentlichkeit scheint damit in erster Linie strategischen Überlegungen zu folgen und bedeutet nicht den Rückgang von Aktivitäten. Er fügt sich damit auch wieder in das Bild der Burschenschaften ein, wonach diese oft in internen und von der Öffentlichkeit abgeschotteten Bereichen ihren Tätigkeiten nachgehen.

Literaturverzeichnis:

Referat für politische Bildung c/o StuRa der Technischen Universität Dresden (2011):

Ein alter Hut – Kritik an studentischer Verbindung Dresden, https://www.stura.tu-dresden.de/webfm_send/1012, 18.02.2021.

Referate WHAT, Politische Bildung, Hochschulpolitik und Öffentlichkeitsarbeit des Studentenrates (StuRa) der Technischen Universität Dresden (2017):

Ausgefuxt – Kritik an studentischen Verbindungen Teil 2: Dresdner Verbindungen, https://www.stura.tu-dresden.de/webfm_send/2656, 18.02.2021.

Teidelbaum, Lucius (2016):

Neuer rechter Stützpunkt in Dresden eröffnet, <https://www.addn.me/nazis/neuer-rechter-stuetzpunkt-in-dresden-eroeffnet/>, 18.02.2021.

1 | Die Konstante ist ein angemieteter Raum oder Gebäude einer Burschenschaft, die über kein eigenes Korporationshaus verfügt.

2 | Referate WHAT, Politische Bildung, Hochschulpolitik und Öffentlichkeitsarbeit des Studentenrates (StuRa) der Technischen Universität Dresden (2017).

3 | Vgl. Teidelbaum 2016.

4 | https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-normannia-affe-abschluss-der-ermittlungen-erst-im-maerz-update-_arid,545892.html 18.02.2021.

5 | Vgl. Ebd.

6 | <https://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Akif-Pirincchi-nach-Pegida-Rede-zu-11.700-Euro-Strafe-verurteilt> 15.03.2021.

7 | VS Bericht 2018 S.61

8 | NDS steht für Neuer Deutscher Standard und ist eine rechte Rap-Crew.

- 3 -

NATIONAL-SOZIALE ORTE. WIE „DER III. WEG“ IMMOBILIEN FÜR EIN SOZIALES ANGEBOT¹ NUTZT

Immobilien in Besitz der extremen Rechten bespielen ein weites Aufgabenspektrum. Ob Schulungsort, Kampfsportraum oder Konzertsaal- die extreme Rechte findet unterschiedlichste Verwendungen für ihre Immobilien. Bereits seit 2017 arbeitet „Der III. Weg“ mit seinen beiden Immobilien „Lange Straße 90“ und „Pausaer Straße 130“ an einer neuen Wirkungsweise, wie Immobilien in rechter Hand genutzt werden können. So wie seine Parteistruktur als Deckmantel für sein extrem rechtes Netzwerk dient, so dienen der Partei „Der III. Weg“ auch die Immobilien als Deckmantel für ihre menschenverachtende Weltanschauung.

„Der III. Weg“ orientiert sich in seinem Denken am historischen Nationalsozialismus und propagiert selbstbewusst, wie wenige andere rechte Akteur*innen, seine nationalsozialistischen, rassistischen und antisemitischen Ansichten und Ziele. Unter seinem 10-Punkte-Programm lautet ein Ziel, den „Deutschen Sozialismus“ herzustellen.¹ Die Immobilien in Plauen versetzen ihn dazu in die Lage, es zumindest im kleinen Rahmen nachzuspielen. Durch die Unterhaltung der beiden Einheiten verfügt „Der III. Weg“ über die Möglichkeit, ein soziales Angebot im Plauener Stadtteil Haselbrunn bereitzustellen, was sachsenweit in Bezug auf Kontinuität und Bandbreite des extrem rechten Angebotes seinesgleichen sucht. Die völkisch-nationalen Einstellungen des „III. Weges“ spiegeln sich in der Einschränkung des sozialen Angebotes wider, denn sie werden „nur für Deutsche“ zur Verfügung gestellt. Das knüpft an ein weiteres formuliertes Ziel an: „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“.² Dabei sind die Ziele, die mit der Immobilie verfolgt werden, klar: Inszenierung als Kümmerer und das Übermitteln der eigenen politischen Botschaft.

DIE SOZIALEN ANGEBOTE

Dass extrem rechte Parteien, Organisationen oder Vereine sich ein soziales Image verpassen wollen, ist kein neues Phänomen. Immer wieder, insbesondere in der Vorweihnachtszeit, wird versucht, durch kurzfristige soziale Aktionen das eigene national-soziale Weltbild aufzupolieren. Dann werden auf Facebook und Co. Bilder gepostet und mit politischen Botschaften versehen. Aber der Effekt verpufft, verbleibt es doch nur als kurzfristige karitative öffentliche Aufführung in Erinnerung. Beispielhaft zu nennen wären die Aktionen „Jugend packt an“ der JN³ oder „Deutsche helfen Deutschen“ der NPD⁴. Aufmerksamkeit ist in diesem Kontext auf das D32 in Döbeln zu richten. Seit September 2020 bewirbt die NPD ihre Räumlichkeiten, indem sie laut Selbstdarstellung vorgibt, eine Tauschbörse anzubieten und u.a. Schulmaterial an Kinder herauszugeben. Aber wie bei „Der III. Weg“ handelt es sich um ein Angebot nur für „deutsche Landsleute“.

Die Möglichkeiten, die eine Immobilie in den Händen der extremen Rechten bietet, lassen sich an der Vielzahl der Angebote des „III. Weges“ ablesen: Sie bieten eine kostenlose Kleiderausgabe an, zu Beginn des neuen Schuljahres werden Schulmittel kostenlos ausgegeben. Es findet wöchentlich Nachhilfe- und Gitarrenunterricht statt und seit Sommer 2020 gibt es ein Frauenfrühstück. Zudem wird Kampfsportunterricht für Kinder und Jugendliche durchgeführt, aber auch die „AG Jugend“ trifft sich wöchentlich in der „P130“, wie „Der III. Weg“ seine Immobilie auf der Pausaer Straße 130 selbst nennt. Gleichzeitig sind die Immobilien immer wieder Ausgangspunkte für anlassbezogene Aktionen wie „Tierfutter statt Böller“ oder „Deutsche Winterhilfe“, welche namentlich

stark an das im Dritten Reich agierende „Deutsche Winterhilfswerk des deutschen Volkes“ erinnert.⁵ All das wäre ohne den dauerhaften Zugang zu Räumlichkeiten nicht vorstellbar und nur unter sehr hohem Aufwand zu organisieren, aber auch zu finanzieren.

In der Aufzählung der Angebote zeigt sich bereits der erste Mehrwert, wenn die extreme Rechte Zugang zu Immobilien erlangt und im sozialen Bereich agieren will. Dank dieses permanenten Zugangs besitzt sie ein vollkommen neues Potenzial an Handlungsfähigkeit. Die Immobilien garantieren Lagerkapazitäten, um z.B. Spielzeug und Kleidung auszugeben, aber sie bieten auch Räumlichkeiten als festen Anlaufpunkt für allwöchentlich stattfindende Angebote. Ohne die Immobilien wäre ein kontinuierliches und breit gefächertes Angebot nicht denkbar.

IDEOLOGISCHE VERSATZSTÜCKE

Ein soziales Angebot für Kinder und Jugendliche zu schaffen sowie Menschen in prekärer Lage zu unterstützen, ist keine originäre Idee des „III. Weges“. In Italien agiert die faschistische Gruppierung „CasaPound Italia“ seit 2003 im sozialen Feld. Das ermöglicht ihr, ihre Interpretation über die soziale Lage in den Diskurs einzubringen, und zum Beispiel den etablierten sozialen Trägern „Tatensigkeit“ vorzuwerfen. Das Spektrum an Hilfsangeboten, das die „CasaPound“ dabei abdeckt, ist wesentlich umfangreicher als das des „III. Weges“ und deutlich professionisierter. Sie kann aber als geistiger Vorläufer verstanden werden, wenn es darum geht, als faschistische Gruppierung über soziale Tätigkeiten in ein Gemeinwesen einzudringen.⁶

Aber worin liegen die Gründe, warum sich „Der III. Weg“ ein soziales Gewissen einbildet? Die Ideologie des „III. Weges“ wohnt ihm im andauernden Kampf – er führt den „politischen Kampf“, zu dem u.a. der Aufbau von Strukturen, die Organisation von Demonstrationen und der Antritt als wahlpolitische Alternative gehören. Er führt den „kulturellen Kampf“, wozu die Brauchtumpflege gehört, und ebenfalls kämpft er den „Kampf um die Gemeinschaft“. Das sind die drei Säulen, die das Agieren des „III. Weges“ strukturieren. Das soziale Angebot lässt

sich letzterem zuordnen und das zeugt von der besonderen Bedeutung, die die Immobilien für den „III. Weg“ haben, da sie ihn erst in die Lage versetzen, den „Kampf um die Gemeinschaft“ gewinnbringend zu führen. Ein Vergleich zu Aktivitäten der anderen Stützpunkte⁷ des „III. Weges“ zeigt, dass sie nicht einmal ansatzweise das gleiche soziale Programm bewältigen können, wie es in Plauen organisiert wird. Während in Plauen wöchentlich die Immobilien zugänglich sind, beschränken sich die Aktivitäten anderer Stützpunkte auf kurzfristige karitative Aktionen und lassen aus dem „Kampf um die Gemeinschaft“ eher ein „Kämpfchen“ werden. Dies ist ein weiterer Hinweis auf die Wirkmächtigkeit, die Immobilien für den „III. Weg“ besitzen.

Dabei besitzt der „Kampf um die Gemeinschaft“ für den „III. Weg“ zwei Dimensionen. Eine äußere, die im Weiteren noch besprochen wird, und eine innere Dimension, die in den Immobilien ihre Umsetzung findet. So richtet sich eine extrem rechte Begegnungswelt in den Räumlichkeiten ein, die einerseits als Rückzugsort dienen und andererseits Räume der Selbstvergewisserung darstellen. Die Begegnung mit Gleichgesinnten sichert das eigene extrem rechte Weltbild ab. Dies gilt einerseits für Erwachsene, aber durch die Angebote der „Arbeitsgruppe Jugend“ oder die Kampf- und Selbstverteidigungskurse erstreckt sich die ideologische Verfestigung auch auf die Welt der Heranwachsenden. Die dabei vermittelten soldatischen Tugenden, wie Ordnung und Disziplin, und der eigene Anspruch, professionelle Jugendarbeit durchzuführen, sind dabei höchst gefährlich.⁸ Grigori macht darauf aufmerksam, dass für Jugendliche „ein lebensweltadäquates Angebot, [...] welches ihr Selbstbild und ihre Selbsterfahrung auf viele Jahre lang hin prägt, [...] nicht aus dem Blick fallen darf“.⁹

STRATEGIEN DER VERWÄSSERUNG

Die Absicht und Strategie, die hinter dem sozialen Angebot stecken, sind vielschichtig. Wie bereits unter seiner Ideologie dargestellt wurde, braucht „Der III. Weg“ ein Spielfeld, um den „Kampf um die Gemeinschaft“ zu führen. Die Immobilien geben ihm die Voraussetzung, als sozialer Akteur aufzutreten. Denn es ist keine Über-



Lange Straße in Plauen

raschung, dass er sich im Tätigkeitsfeld des Sozialen engagiert. Einerseits hilft es, die eigene menschenverachtende Ideologie hinter den Aspekten des Sozialen zu verstecken, andererseits bieten sich Anschlüsse an die Denkfiguren des „III. Weges“. Denn „Der III. Weg“ sieht die Beweggründe für sein soziales Angebot im Narrativ des „radikalen Rückbau des Sozialstaates“.¹⁰ Das ist ein typisches Muster der extremen Rechten, die versucht, Lücken in der sozialen Infrastruktur zu kapern und diese mit ihren eigenen diskursiven Momenten zu unterfüllen.¹¹ Wobei an dieser Stelle gefragt werden muss, ob einzig Lücken in der sozialen Infrastruktur infrage kommen, damit ein Einsickern extrem rechter sozialer Angebote gelingt? Viel eher erscheint das kostenfreie Angebot des „III. Weges“ ein weiterer Faktor zu sein, um einladend zu wirken und eine Attraktivität über die ideologische Anschlussfähigkeit hinaus herzustellen.

Gille und Jagusch weisen in diesem Kontext auf die Scharnierfunktion von sozialen Angeboten hin, was gleichbedeutend mit der äußeren Dimension des sozialen Angebotes ist. Denn es ermöglicht das Heraus-treten der extremen Rechten an die Öffentlichkeit und das Eintreten von Menschen außerhalb der Szene.¹² Im Windschatten des sozialen Angebotes bietet sich die Möglichkeit, in die extrem rechte Erlebniswelt einzutauchen. „Der III. Weg“ kann im Zuge dessen seine Deutungen und Narrative über die soziale Benachteiligung transportieren. Laut Heitmeyer zielt die extreme Rechte auf „Normalitätsgewinne“ ab, wenn sich am Auftreten der extremen Rechten niemand stört.¹³ Die Angebote, die „Der III. Weg“ durch die Immobilien bereitstellen kann, verbleiben aber eine politische Bot-



Pausaer Straße in Plauen

schaft. Sie treten nicht an, um eine Verbesserung der sozialen Situation mitzugestalten, sondern „Ethnisieren“ die Problemlage, indem sie „Hilfe nur für Deutsche“ anbieten und damit ihren Rassismus verbreiten. Das populistische Element ihrer Agitation bezieht sich auf eine Verstärkung des Verteilungskampfes und nicht auf eine Solidarisierung Hilfsbedürftiger untereinander. Die völkisch-nationalen Vorstellungen eines „Deutschen“ zeichnen die Trennlinie, wenn soziale Rechte zu Volksrechten verkürzt und soziale Probleme befeuert werden sollen.

Daran anknüpfend stellt sich die Frage, warum sich „Der III. Weg“ für den Standort Haselbrunn entschieden hat. Die sozioökonomischen Faktoren des Stadtteils weisen auf einen langfristig benachteiligten Stadtteil hin, der von Wegzug und Leerstand geprägt ist. Es ist vorstellbar, dass die Immobilien für den „III. Weg“ aufgrund des Leerstandes¹⁴ leichter zugänglich und aufgrund der niedrigen Mieten leichter zu finanzieren sind. Andererseits kann aber auch die soziale Situation des Stadtteils als strategische Überlegung verstanden werden. Ebenda aufzutreten, wo es gewinnbringend ist, sich als sozialer Kümmerer zu inszenieren und wo die eigene Deutung eines Verteilungskampfes zwischen unterschiedlichen Gruppen beobachtbar bzw. erfahrbar ist und ein anhaltender Bevölkerungsrückgang das Gefühl des Abgehanges verstärkt.¹⁵

Für die extreme Rechte und den „III. Weg“ im Speziellen ist es keine Neuerung, im Sozialen Sektor zu agieren, um die eigene politische Botschaft unterzubringen. Der anhaltende Ausbau der Prekarität in Deutschland und die darüber stattfindenden Verteilungskämpfe sind politisch zu stark mit der eigenen Ideologie verknüpft, um sie, im wahrsten Sinne, links liegen zu lassen. Den politischen Kampf aber dermaßen zentriert in einem Gemeinwesen stattfinden zu lassen- und das in aller Öffentlichkeit als neonazistische Sammlungsbewegung- birgt eine neue Qualität, die in diesem Maße in Deutschland ihresgleichen sucht. Die zwei Immobilien sind dergestalt von zentraler Bedeutung, um die Strategie des „III. Weges“ umzusetzen und zeigen, welche Gefahren von extrem rechten Immobilien ausgehen, wenn man sie „einfach mal machen“ lässt.

Literaturverzeichnis:

Blick nach rechts (2017):

Braune Saubermänner, <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/braune-sauberm-nner>, 06.12.2017.

Fugmann, Tom (2018):

Wie Neonazis Bedürftige ködern, <https://www.mdr.de/zeitreise/winterhilfe-winterhilfswerk-des-deutschen-volkes-neonazis-100.html>, 17.01.2018.

Gille, Christoph/Jagusch, Birgit (2019):

Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW – Exemplarische Analysen, Düsseldorf.

Grigori, Eva (2020):

„Jugend im Sturm“ oder viel heiße Luft?. In: Forum für Kinder- und Jugendarbeit, hg. v. Verband Kinder und Jugendarbeit, Hamburg, S. 16-19.

Heitmeyer, Wilhelm (2020):

Kampf um Räume. In: Rechtes Denken, Rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, hg. v. Lynn Berg/Jan Üblacker, Bielefeld, S. 7-8.

Kitzler, Jan-Christoph (2014):

Italien: Casa Pound – Faschismus für das 3. Jahrtausend?, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/184193/italien-casa-pound-faschismus-fuer-das-3-jahrtausend>, 24.03.2014.

Kulturbüro Sachsen (2020):

Monitorium 3. Weg.

Stadt Plauen (2019):

Stadtkonzept Plauen 2033 – Integriertes Stadtentwicklungskonzept Fachkonzept Städtebau & Denkmalpflege, https://www.plauen.de/media/dokumente/rathaus/stadtkonzept2033/sk_2033_fachkonzept_staedtebau_denkmalpflege.pdf, 19.08.2019.

Stadt Plauen (2020):

Stadtkonzept Plauen 2033 – Integriertes Stadtentwicklungskonzept Fachkonzept Wohnen, https://www.plauen.de/media/dokumente/rathaus/stadtkonzept2033/FK_Wohnen.pdf, 11.08.2020.

Treibhaus e.V. Döbeln (2018):

Blickpunkt.rechts – Eine Dokumentation rechter Aktivitäten in der Region Döbeln.

1 | Unter den Aktivitäten des „III. Weges“ verstehen wir keine professionelle Soziale Arbeit. Daher nutzen wir die Begrifflichkeit soziales Angebot, um zu verdeutlichen, dass „Der III. Weg“ keiner Profession in seinen Räumlichkeiten nachgeht.

2 | Kulturbüro Sachsen e.V. (2020).

3 | Ebd.

4 | Treibhaus e.V. Döbeln (2018): 5.

5 | Blick nach rechts (2017).

6 | MDR (2018).

7 | Kitzler, Jan-Christoph (2014).

8 | Stützpunkte sind die kleinsten regionalen Einheiten des „III. Weges“ und unterstehen dem Landesverband (vormals Gebietsverbände).

9 | Kulturbüro Sachsen (2020).

10 | Grigori (2020): 18.

11 | Ebd.: 16.

12 | Gille / Jagusch (2019): 50.

13 | Ebd.: 62.

14 | Heitmeyer (2020): 7.

15 | Stadt Plauen (2020): 32.

16 | Stadt Plauen (2019): 51.

- 4 -

STILLE LANDNAHME. DIE ANSIEDLUNG VÖLKISCHER SIEDLER IN MITTELSACHSEN

Im Jahr 2016 wurde bekannt, dass sich der Adoria Verlag in Naunhof bei Leisnig angesiedelt hatte. Der rechtsextreme Verleger Dankwart S. und seine Frau sind keine Unbekannten: Beide waren früher bei der „Einheit Nordland“ der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) aktiv.¹ Die Bandbreite der inzwischen verschiedenen unter seinem Namen laufenden Verlage reicht von faschistischer Theoriebildung bis hin zur recht einseitigen Betrachtung des Zweiten Weltkriegs. Seine Frau Bente S. war früher Mitherausgeberin der Zeitschrift „Umwelt & Aktiv“ – einem völkischen Blatt, das sich bis Ende 2019 gezielt mit ökologischen Fragen auseinandersetzte.

Uns drängten sich verschiedene Fragen auf: Weshalb geht ein Paar, das so einschlägig bekannt ist, ins beschauliche Mittelsachsen? Warum die Auswahl der Region um Leisnig? Werden weitere Ansiedlungen aus dem Umfeld der Heimattreuen Deutschen Jugend² folgen? Und wenn ja, weshalb? Welche Ziele verfolgen sie insgesamt mit einer Ansiedlung? Und wird die Öffentlichkeit im ländlichen Raum auf diese Entwicklungen reagieren?

Doch es passierte erst einmal nichts. Nach mehreren Jahren Stille meldeten sich 2018 Menschen aus der Region und suchten Rat. Ihnen war aufgefallen, dass inzwischen mehrere extrem rechte Familien in die unmittelbare Nachbarschaft gezogen waren. Ins Auge gefallen war der seltsam anmutende Kleidungsstil: altertümliche lange Röcke und Kleidungsstücke aus Wolle. Außerdem waren es Erzählungen der Kinder der völkischen Sippen, die Außenstehende stutzig machten. So wurde deutlich, dass die Väter an rechtsextremen Demonstrationen und Aktionen teilnahmen, obwohl die Kinder dazu angehalten waren, möglichst wenig preis zu geben. Eine Anwohnerin beschrieb, dass beim Ritterspektakulum auf der Leis-

niger Burg Mildenstein die Präsenz der Völkischen unübersehbar war. Ganz sicher waren sich die Beratungssuchenden, nachdem sie bei Presseberichterstattungen der rassistisch motivierten Demonstrationen in Chemnitz Ende August und Anfang September 2018 den ehemaligen Kader der Heimattreuen Deutschen Jugend Christian F. als ihren neuen Nachbarn erkannten.

In der Zwischenzeit waren also weitere Ansiedlungen erfolgt. Bei näherem Hinsehen waren dies nicht irgendwelche Personen: Auffällig war, dass eine größere Dichte von bundesweit bekannten Personen aus dem völkischen Spektrum in ein Gebiet gezogen waren und dort Höfe erworben hatten. Die kleinen Dörfer, in denen die neuen Familien nun lebten, lagen alle in einem Radius von wenigen Kilometern voneinander entfernt.

Neben der Familie von Christian F. und der Familie S. waren noch andere gekommen, so zum Beispiel der ehemalige Mitarbeiter der Landtagsfraktion der NPD in Mecklenburg-Vorpommern Lutz G. Er war ebenfalls in der 2009 durch das Bundesinnenministerium verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend aktiv.

Spätestens seit dem Sommer 2018 war also klar, dass sich faschistische und völkische Familien rund um Leisnig systematisch ansiedelten.

Seit dem Frühjahr 2020 wird eine Ansiedlung in den östlichen Bundesländern auch ganz gezielt propagiert. Die Initiative „Zusammenrücken in Mitteldeutschland“ nimmt eine Scharnierfunktion zwischen verschiedenen rechten Gruppen ein und steht somit für die Ausbildung einer faschistischen Bewegung im ländlichen Raum. Die Initiative bewirbt explizit eine Ansiedlung nationaler Familien und hilft mit Einschätzungen zur Region, zum Immobilien- und Arbeitsmarkt. Darüber hinaus

vermittelt sie Kontakte zu rechten Strukturen vor Ort. Die Initiative wird auch von Akteur*innen der völkischen Siedlungsbewegung aus der Region um Leisnig mitgetragen.

Eine solche gezielte Ansiedlung von völkischen Familien in einer Region ist nicht neu. So gab es in den letzten Jahrzehnten immer wieder gezielte Ansiedlungen in den ostdeutschen Bundesländern. Auch in Mittelsachsen kam es in der Vergangenheit zu Ansiedlungen. Beispielsweise erwarb das inzwischen verstorbene Paar Raimund und Sylvia Bachmann, eine aus Österreich stammende völkische Familie, 1999 das alte Wasserschloss in Noschkowitz und lebte hier mit seiner großen Familie. In Cossen, einem Ortsteil von Lunzenau, befindet sich ein Vierseitenhof, der zum Beispiel Ausrichtungsort der Maifeste der Mitteldeutschen Volkstanzkreise (2009) und einer Feier des völkischen Jugendbundes Sturmvogel (2017) war.

WAS WOLLEN DIE VÖLKISCHEN? WESHALB KOMMEN SIE IN DIE REGION?

Die rechtsextremen Familien sind fest verwurzelt in dem Glauben an ein rassistisches Weltbild und an die Volksgemeinschaft. Die homogene Volksgemeinschaft gilt ihnen als anzustrebender Gesellschaftsentwurf. Volksgemeinschaft verstehen sie als einen Lebensentwurf frei von allem, was ihnen als bedrohlich oder „entartet“ entgegentritt – eine moderne, vielfältige und komplexe Gesellschaftsordnung. Grundlage der Volksgemeinschaft ist die gemeinsame homogene Herkunft, die hier ausschließlich durch die biologische „Abstammung“ definiert wird. Von dieser vermeintlich eindeutigen Abstammung leiten die Völkischen dann das Vorrecht auf geografische Gebiete ab. Migrationsbewegungen werden als Bedrohung verstanden, der es mit einem Abwehrkampf zu begegnen gilt.

Die völkischen Gruppen suchen daher gezielt nach Räumen, in denen sie eine möglichst homogene weiße Bevölkerung vorfinden, da sie die Einwanderungsgesellschaft als Bedrohung für sich und ihre Kinder wahrnehmen. Letztlich ist es der Versuch, eine „Blut und Boden“-Ideologie umzusetzen und ihre Kinder als völkische Elite zu sozialisieren.

So lassen die Wortbeiträge der Initiative „Zusammenrücken in Mitteldeutschland“ wenig Zweifel daran, dass die Akteur*innen vor allem aus Sorge um ihre Kinder in die östlichen Bundesländer gezogen sind. Sie betonen in einem Podcast, der durch die Partei „Der III. Weg“ produziert und veröffentlicht wurde: es ginge ihnen darum, „aus dem Innersten heraus deutsch leben zu können“. Es gehe um ein „Leben nach unserer Art“ im „germanischen Kernland“. Ausschlaggebend für die Umzüge sei gewesen, dass die Kinder in westdeutschen Schulen Kontakt mit „nichtdeutschen“ Kindern gehabt hätten. Davor sollten sie bewahrt werden.³

„Es ist ein Verbrechen an der eigenen Blutlinie. Deswegen schützt eure Kinder und kommt nach Mitteldeutschland. [...] Wir versuchen ja hier in Mitteldeutschland realistisch einen weißen Ethnostaat oder Novo-Europa umzusetzen.“⁴

Im Kern, so die beiden Akteure des Podcasts, steht der „Erhalt der Volkssubstanz“. Das beschreibt das Projekt der völkischen Besiedlung gut und ist auch von anderen Siedlungsorten bekannt: die völkischen Familien suchen sich Räume, in denen sie so weit wie möglich ungestört agieren können. Dabei geht es um die Erziehung der Kinder nach ihren Vorstellungen, möglichst ohne als störend wahrgenommene Einflüsse. Wenn dann in einem anderen Podcast der Initiative „Zusammenrücken in Mitteldeutschland“ der Produzent des Podcasts und ein weiterer Mann, der durch Vermittlung der Initiative nach Mitteldeutschland zog, darüber phantasieren, dass ihre Kinder im Teenageralter heiraten werden, wird mehr als deutlich, dass diese für ein antimodernes und tief rassistisches Gesellschaftsmodell instrumentalisiert werden.

Gleichzeitig vertreten die Völkischen eine klare Geschlechterordnung, die sie ihren Kindern auch so vermitteln wollen: Die Jungen werden zur Härte gegen sich und andere erzogen. Mädchen werden auf ihre „natürliche“ Rolle als Mutter vorbereitet. Dies passiert nicht zuletzt in Zeltlagern bei den gemeinsamen Fahrten durch völkische Jugendverbände. Hier wird Gemeinschaft und Drill zur in sich geschlossenen Erlebniswelt.

„Die Kinder wachsen ordentlich auf [...]. Wenn hier Treffen sind [...] ohne kilometerweit zu fahren, dann sind da so viele Kinder, die mit Schild und Schwert über die Wiesen rennen. Dann sind da so viele Mädchen die Blumen pflücken[...]. Also die wachsen ordentlich auf.“⁵

Warum nun also die Ansiedlung in Mittelsachsen? Neben den günstig zu erwerbenden Immobilien scheint vor allem eins anziehend zu sein: Man ist hier ungestört unter sich, versucht sich in Selbstversorgung und kann Netzwerke – wirtschaftliche und soziale – aufbauen. An den Schulen wird mit wenig störenden Einflüssen gerechnet, eine kritische Zivilgesellschaft scheint zunächst nicht zu existieren und von Verwaltungsseite droht auch keine nennenswerte Störung. Gleichzeitig wähnt man sich in einem gesellschaftlichen Klima, welches die rassistischen Positionen mitträgt: „Mich hat das schon manchmal gewundert, dass der [...] normale Bewohner Mitteldeutschlands [...] teilweise radikaler in seinem freien Sprechen ist als Nationalisten in Westdeutschland“⁶, so einer der Akteure der Initiative „Zusammenrücken in Mitteldeutschland“.

WIE WURDE BISHER MIT DEN ANSIEDLUNGEN UMGEGANGEN?

Der Verfassungsschutz hat im Herbst 2020 die Öffentlichkeit über die gezielte Ansiedlung um Leisnig herum informiert. Nachdem die Verwaltung des Landkreises Mittelsachsen trotz vorliegender Informationen über Jahre die Öffentlichkeit nicht informiert hat, ist dies ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings lässt der Bericht vieles unklar: Um wen handelt es sich, in welchen Orten sind die Akteur*innen aktiv und wie können Menschen vor Ort überhaupt das Thema bearbeiten?

Der langjährige stillschweigende Umgang folgt der Idee, möglichst wenig über die Ansiedlungen bekannt werden zu lassen, um nicht das Stigma eines rechtsextremen Ortes zu bekommen. Allerdings bleibt festzuhalten, dass die Verwaltung damit ungewollt einem der wichtigsten Anliegen der völkischen Ansiedler entgegenkommt – so weit wie möglich ohne öffentliche Wahrnehmung Strukturen vor Ort aufzubauen und allmählich in den Gemeinwesen ankommen zu können. Einmal fest im sozialen und wirtschaftlichen Leben integriert, gelingt es sehr viel leichter, lokale Diskurse mitzubestimmen. Dies haben die betreffenden Personen in der Vergangenheit immer wieder so praktiziert. Und auch jetzt beginnt eine schrittweise Annäherung: Die Kinder trainieren in lokalen Sportvereinen und man sucht Kontakt zu anderen Eltern.



Noschkowitz in Mittelsachsen

STRATEGIEN FÜR EINEN MÖGLICHEN UMGANG VOR ORT

Für den Umgang mit Ansiedlungen ist es sinnvoll, die spezifische Situation in den Gemeinden in den Blick zu nehmen und lokale Strategien zu entwickeln. Es ergeben sich verschiedene Handlungsfelder:

- Umgang im Gemeinwesen
- Umgang in Vereinen
- Umgang in Geschäftsbeziehungen
- Pädagogischer Umgang mit den Kindern und Jugendlichen in Schulen, Kindertagesstätten und bei Trägern der Jugendhilfe
- Umgang auf kommunalpolitischer Ebene

Unerlässlich, so die Erfahrung aus der Beratungsarbeit, ist die Information der Öffentlichkeit, um die Problemlagen überhaupt bearbeiten zu können. Dabei kann es nicht um die Stigmatisierung der Orte gehen, sondern vielmehr um eine Aufklärung der Situation. Erst durch das Benennen und Anerkennen des Problems können in den Gemeinwesen und Institutionen Auseinandersetzungsprozesse beginnen, die ein gemeinsames Annähern an die Probleme vor Ort ermöglichen und spezifische Strategien entwickeln lassen. Dabei ist Verwaltungshandeln mit ordnungspolitischen und polizeilichen Maßnahmen wichtig, wird aber nur ein Teil der Lösung sein können. Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Institutionen und Einzelpersonen ist wesentlich. Nur gemeinsame Strategien werden hilfreich sein. Und dazu gehört zunächst die Information der Öffentlichkeit in den betroffenen Gemeinwesen, verbunden mit Angeboten zur Bearbeitung.

Gerade gezielte und spezifisch angepasste pädagogische Konzepte für Schulen und Kindertagesstätten bieten die Möglichkeit, die Kinder und Jugendlichen zu stärken und Auswege aus den ihnen vorbestimmten Wegen zu ermöglichen.

Orte für die Erarbeitung von Strategien können beispielsweise lokale Arbeitsgruppen sein, die die verschiedenen Perspektiven bündeln und miteinander unterschiedliche Vorgehensweisen entwickeln. Das Kulturbüro Sachsen e.V. hat in der Vergangenheit beratend und moderierend bei der Gründung solcher Arbeitsgruppen

zur Seite gestanden und ist ein Ansprechpartner für Menschen aus der Region, die bereit sind, sich in einem geschützten Rahmen über das völkische Ansiedlungsprojekt um Leisnig herum auszutauschen und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen.

1 | Röpke, Andrea/Speit, Andreas: *Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene*. S. 198f. Ch.Links, Berlin 2012.

2 | *Die Heimmattreue Deutsche Jugend (HDJ) war ein faschistischer Jugendverband. Deutliche personelle Kontinuitäten ließen eine große Nähe zur 1994 verbotenen Wikingjugend, die sich in direkter Tradition der Hitler-Jugend verstand, vermuten. Wie andere völkisch-bündische Jugendorganisationen wie beispielsweise der Freibund oder auch der Sturmvogel, letzterer ist auch in Mittelsachsen aktiv, verstand sich die HDJ als Lebensbund – eine Kameradschaft auf Lebenszeit. Gerade in den militärisch organisierten Lagern lag der Fokus neben körperlicher Abhärtung auf ideologischen Schulungen. Hier wurde Kindern und Jugendlichen aus völkischen Familien die rassistische Ideologie vermittelt. Die HDJ war eine Kadenschmiede mit hohem Erlebnispotenzial für junge Nationalisten.*

3 | *Podcast Revolution auf Sendung #29. Gespräch mit der Initiative Zusammenrücken in Mitteldeutschland vom 19. März 2020.*

4 | *Podcast Revolution auf Sendung #29. Gespräch mit der Initiative Zusammenrücken in Mitteldeutschland vom 19. März 2020.*

5 | *Podcast Revolution auf Sendung #29. Gespräch mit der Initiative Zusammenrücken in Mitteldeutschland vom 19. März 2020.*

6 | *Podcast Revolution auf Sendung #29. Gespräch mit der Initiative Zusammenrücken in Mitteldeutschland vom 19. März 2020.*

- 5 -

LANDNAHME MIT INSTA-STORY. DER VERSUCH EINER RECHTEN ANSIEDLUNG

INSTACHRIS WER?

Als Christoph A. Z., besser bekannt unter seinem Pseudonym Chris Ares, im Juni 2020 über seinen Social-Media-Kanal seine Pläne für ein patriotisches Jugendzentrum bekannt gab, schlug dies sofort hohe Wellen in der medialen Öffentlichkeit, insbesondere in den betroffenen sächsischen Gemeinden. Bereits 2017 hatte Z. ähnliche Pläne über die Sozialen Medien verbreitet. Damals jedoch noch ohne genaue Angaben, wo die Idee umgesetzt werden soll. In seinen Songtexten übernimmt Z. die Sprache der Identitären Bewegung, zu der er enge Kontakte pflegt, und reproduziert damit verschwörungsideologische Fragmente vom Volksaustausch und rassistische Ressentiments. Der Bayerische Verfassungsschutz stufte ihn folgerichtig 2019 als rechtsextrem ein. Bis zu seinem Rückzug aus dem Musikbusiness und von seinen Geschäftsplänen Ende September 2020, gab es zu den Vorhaben von Z. nahezu wöchentlich neue, teils widersprüchliche Meldungen in den Medien. Damit war im Fall Z. die Öffentlichkeit bereits frühzeitig informiert, weshalb zivilgesellschaftliche Akteur*innen entsprechend schnell reagieren konnten. Dies bildet einen markanten Unterschied zu Immobilienkäufen von Rechten, zum Beispiel um Leisnig in Mittelsachsen, wo die Behörden und die Öffentlichkeit erst spät von den Immobilienerwerbungen erfuhren. Der hier vorliegende Beitrag versucht einerseits die Ereignisse chronologisch darzustellen und andererseits die Bedeutung von kritischer Öffentlichkeit und zivilgesellschaftlichem Engagement herauszuarbeiten. Nicht zuletzt widmet sich der Artikel aber auch der Frage: warum ausgerechnet Bautzen?

CHRONIK EINER POSSE

Z. zeigte sich bereits Anfang Mai bei einer Anti-Corona-Demo in Bautzen zusammen mit dem AfD-Stadtrat und Aktivisten der Identitären Bewegung Paul Neumann.¹ Laut Rechercheblog „Identitäre in Bochum“ nutzte Z. den Besuch in Bautzen nicht nur zur Kontaktpflege, sondern besichtigte gemeinsam mit seinem Rap-Kollegen Kai „Proto“ N. wohl erste Immobilien.² Mitte Juni gab er über seinen Telegram-Kanal bekannt, dass er ein patriotisches Jugendzentrum mit Kampfsport- und Musikangeboten in Bischofswerda errichten wolle sowie zwischen Pulsnitz und Radeberg ein patriotisches Wohnprojekt plant. Die Ankündigung war aufgrund Z.s Kontakte zur ebenfalls rechtsextrem eingestufteten Identitären Bewegung (IB) als ernstzunehmend zu betrachten. Insbesondere Bautzen und das direkte Umland sind das Aktionsgebiet eines regsamen lokalen Ablegers der IB, die in Bautzen und Hoyerswerda über Wahllisten der AfD mit Toni Schneider und Paul Neumann sogar Stadträte stellen.³

Mitte Juli gab Z. über seinen Telegram-Account dann die Eröffnung eines Ladens mit Tattoostudio, Bekleidung, Merchandise und Tonstudio im „Raum Bischofswerda“ bekannt. Den Laden wollte Z. zusammen mit seinem Geschäftspartner und Tätowierer Jan D. F. in der Bautzener Innenstadt eröffnen. Anders als in Bischofswerda lagen hier eine Gewerbeanmeldung sowie ein Mietvertrag vor. Auf seinem Instagram-Kanal zeigte sich Z. Mitte Juli, auf einem wenig später gelöschten Bild, außerdem zusammen mit F. und dem umtriebigen Neonazi Markus B. am Bautzener Stausee.⁴ B. vertreibt von Cunewalde aus seine Modemarke „Isegrim“ und steht laut Spiegel-Recherchen offenbar der verbotenen Neo-

naziorganisation Blood and Honour nahe.⁵ Wenig verwunderlich sind da die Recherchen der Sächsischen Zeitung von Anfang September, wonach am Wohnhaus von eben diesem B. in Cunewalde ein Leuchtreklameschild mit der Aufschrift „Tattoo“ angebracht wurde.⁶ Für ein Tattoostudio im 15 km südlich von Bautzen gelegenen Cunewalde lagen wiederum die entsprechenden Genehmigungen bei den Behörden jedoch noch nicht vor. Nahezu zeitgleich zeigte ein Bild vom 31. August auf seinem Instagram-Kanal Z. auf der Hauptstraße im nahegelegenen Weifa, einem Ortsteil von Steinigtwolmsdorf. Anwohner*innen in Weifa hatten bemerkt, dass Ares sich regelmäßig im Ort und auf dem Gelände eines seit längerem zum Verkauf stehenden Umgebendehauses aufhielt. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, dass neben Z. auch sein Rap- und Labelpartner Kai N. in die Oberlausitz gezogen war. N., der bislang im Windschatten von Z.s Erfolg fuhr, ist jedoch kein unbeschriebenes Blatt. Seit 2017 ist er in der Identitären Bewegung in Nordrhein-Westfalen führend aktiv und trat in diesem Zusammenhang als Anmelder und Redner von Demos auf, unter anderem auch bei Pegida.

Am 25. September kam dann die überraschende Wende in der seit Monaten dauernden Posse um Z.s Pläne für ein patriotisches Jugendzentrum und ein Tattoostudio. Auf seinem Telegram-Kanal veröffentlichte der 28-jährige am 25. September 2020 eine lange Erklärung, in der er seinen Rückzug aus der Region sowie aus dem Musikgeschäft ankündigte und seither nicht mehr öffentlich wahrnehmbar ist. Davon unbeeindruckt scheinen seine beiden ehemaligen Labelkollegen L. und N., die sich auch Primus und Proto nennen, den Platz von Z. ausfüllen zu wollen. Sie produzieren unter dem Titel „Neuer Deutscher Standard“ (NDS) nun zu zweit Songs. N. und L. haben das Haus in Weifa bezogen und streamen offensichtlich auch von dort ihre Youtube-Videos. Der gemeinsame Titel „Übernahme“ von Proto und Primus vom 20. November 2020 setzt inhaltlich und musikalisch nahtlos an die Musik von Z. an. Deutschrapp ist damit weiterhin ein wichtiges Medium für die Verbreitung von Ideologien der Ungleichwertigkeit, für rassistische Ressentiments und verschwörungsideologische Versatzstücke von einem Volksaustausch sowie überholten (toxischen) Männlichkeitsbildern, um junge Hörer*innen zu erreichen und im Sinne der eigenen Ideologie zu formen. Deutschrapp ist längst keine Subkultur mehr, sondern zu einer der um-

satzstärksten Musikrichtungen avanciert. Seit Jahren wird die deutsche Chartspitze durch Rapper wie Capital Bra, Bushido oder Boney MC dominiert. Grund genug für Rapper wie Z. und nun N. und L., ebenfalls davon profitieren zu wollen. Bis zu seiner Sperrung durch Spotify, Amazon und iTunes erreichte der Song „Neuer Deutscher Standard“ der beiden Rapper Platz 6 der Downloadcharts.

WARUM BAUTZEN?

Auch wenn Christoph Z. schlussendlich nicht in die Region Bautzen gezogen ist und seine groß angekündigten Pläne von einem patriotischen Dorf oder einem Jugendzentrum mit seinem Rückzug passé sind, so lässt der Fall Z., N. und L. dennoch einige Fragen offen. Etwa die Frage, warum haben sich Z. und N. Sachsen und insbesondere die Region um Bautzen für ihre Pläne auserkoren? Die Antwort liefert N. in einem seiner Songtexte, in dem es heißt: „Das Volk im Westen fast ersetzt. Hier sieht man Schulen, wo kein Kind mehr Deutsch spricht [...]“ ein Ausschnitt aus dem Song „Aufstand“ von 2019. N., der selbst in Nordrhein-Westfalen aufgewachsen ist, bezieht sich hier ebenfalls auf die rassistische Ideologie der IB. Dem gegenüber steht der als gering wahrgenommene Anteil an Menschen mit Migrationserfahrungen oder einer anderen Staatsbürgerschaft in Sachsen.

Nicht zuletzt spielt die spezifische demografische Entwicklung in Sachsen insbesondere in den ländlich geprägten Landkreisen Ostsachsens eine Rolle. Zum einen, weil viele ländliche Kommunen überaltern und ihre jüngeren Einwohner*innen häufig an die Ballungsgebiete Dresden und Leipzig verlieren. Oft sind die Gemeinden dann froh über jeglichen Zuzug. Zum anderen sind die Grundstücks- und Immobilienpreise hier niedrig und viele Gebäude stehen bereits seit Jahren leer und warten auf Käufer*innen. Hinzu kommt, dass die ländliche Idylle und Ruhe als Gegenbild zu „überfremdeten“, von „kriminellen Banden dominierten“ Großstädten wie Frankfurt am Main oder Berlin stilisiert und stark an die „Blut und Boden“-Ideologie der NS-Zeit angeknüpft wird. In Summe bilden der ländliche Charakter, die niedrigen Immobilienpreise bei einem großen Angebot an Immobilien sowie die Wahrnehmung einer



mehrheitlich weißen sächsischen Bevölkerung wichtige Ansiedlungsfaktoren.

Weit wesentlicher sind die tiefsitzenden chauvinistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen in der (ost-) sächsischen Bevölkerung, welche unter anderem in den hohen Zustimmungswerten und Wahlergebnissen der AfD bei den zurückliegenden Wahlen zum sächsischen Landtag und Bundestag Ausdruck finden. Sie zeigen sich aber auch in Form der seit 2014 aktiven Pegida-Bewegung oder in der Instrumentalisierung des Todes von Daniel H. 2018 in Chemnitz. Hier zeigten sich Vertreter*innen der sächsischen AfD sowie hochrangige Mitglieder des Flügels bei einem Marsch durch Chemnitz offen mit gewaltbereiten Neonazis und Hooligans sowie Führungsköpfen der Neuen Rechten. Diese Einstellungen

drücken sich aber auch durch eine Reihe fremdenfeindlicher Taten aus. Zu nennen sind beispielsweise mehrere Vorkommnisse in Bautzen, wodurch die Stadt bundesweit negativ in den Fokus der Öffentlichkeit trat. Etwa als im Februar 2016 der Dachstuhl einer geplanten Unterkunft für Geflüchtete durch Brandstiftung niederbrannte und die Feuerwehrkräfte bei den Löscharbeiten sogar noch behindert wurden. Oder als im September 2016 junge Geflüchtete durch die Bautzener Innenstadt gejagt wurden. In den ländlichen Regionen Sachsens und spezifisch in und um Bautzen finden Neonazis und rechte Ideolog*innen für ihre rassistischen und völkischen Ideen zum Teil Zustimmung in der Bevölkerung. Es bietet sich daher ein idealer Nährboden für völkische Projekte, ganz im Sinne von Vordenker*innen der rechten Szene, wie dem fran-

Weifa in Ostsachsen

zösischen Philosophen Alain de Benoist („Kampf im Vorpolitischen Raum“) oder dem Gründer des Instituts für Staatspolitik Götz Kubitschek. Ziel solcher Projekte ist es, die rechte Szene strukturell zu festigen und Nachwuchs zu rekrutieren. Durch den Vertrieb von Kleidung, Musik und Merchandise sowie das Organisieren von Sport-, Kinder- und Familienfesten und ferner Konzerten und Festivals wird eine rechtsextreme Erlebniswelt geschaffen, in der ein geschlossenes neonazistisches Weltbild vermittelt wird. Darüber hinaus schaffen sich Neonazis wie B. mit solchen Aktivitäten auch ein wirtschaftliches Standbein. Nicht zuletzt spielen die jahrelang agierenden und etablierten neonazistischen Gruppierungen in und um Bautzen eine wichtige Rolle. Z. hat, wie in diesem Artikel bereits geschildert, sehr gute Kontakte in die rechtsextreme Szene von Bautzen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Sachsen im Fokus von umzugswilligen Neonazis ist. Sachsen gilt vielen selbsternannten Patrioten und Neonazis daher auch als Bollwerk oder Rammbock. „Ganz Ostdeutschland ist heute der Rammbock“ heißt es in dem Song „Widerstand“ von Z.

KRITISCHE ÖFFENTLICHKEIT UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Umso erfreulicher ist es daher, dass sich sowohl in Bischofswerda und Bautzen als auch Weifa und Cunewalde zivilgesellschaftliche Akteur*innen, aber auch die politischen Entscheidungsträger*innen in den Orten, öffentlich klar gegen jegliche Form von Menschenfeindlichkeit positionierten und den Plänen Z.s eine Absage erteilten. Bereits Ende Juni gründete sich mit „keep together – zusammen gegen rechts“ eine Initiativgruppe bestehend aus jungen Menschen aus der Region, die mit Informationsveranstaltungen und Demonstrationen aktiv auf das Thema aufmerksam machten. Eine Sprecherin der Gruppe nutzte die öffentliche Fragestunde der Stadtratssitzung in Bischofswerda am 30. Juni 2020 und informierte die Entscheidungsträger*innen über Christoph A. Z.s Wirken für die rechtsextreme Szene. Sie machte außerdem deutlich, was ein rechtsextremer Szenetreff für die Region bedeuten könnte. In besagter Stadtratssitzung

stellten sich alle Stadtratsfraktionen hinter die Erklärung des Oberbürgermeisters Holm Große. Große sagte unter anderem: „Wir werden uns als Stadtgesellschaft friedlich gegen menschenverachtendes, rassistisches und diskriminierendes Gedankengut zur Wehr setzen“.⁷

Als bekannt wurde, dass Z. in Bautzen einen Laden eröffnen wollte, schlossen sich auch hier innerhalb kürzester Zeit engagierte Menschen in Form zweier Petitionen gegen die Pläne von Z. zusammen. Die Petitionen wurden in kurzer Zeit zusammen mehr als 3.000 Mal unterzeichnet. Auch der Bautzener Oberbürgermeister Ahrens gab im Stadtrat eine Erklärung ab: „Wir tolerieren keine menschenverachtenden, antisemitischen oder homophoben Menschen in der Stadt [...]“.⁸

Trotz der widersprüchlichen Informationen, ob der Szeneladen mit Tattoostudio in Bautzen oder Cunewalde eröffnen sollte, fand am 14. September auf Initiative von „keep together“ eine Demonstration auf dem Kornmarkt in Bautzen mit 150 Teilnehmenden statt. Zwei Tage später gab auch Thomas Martolock, Bürgermeister von Cunewalde, zusammen mit nahezu allen Vertreter*innen des Gemeinderates nach einer kontroversen Diskussion eine Erklärung ab. In der Erklärung hieß es unter anderem: „Der Gemeinderat verwehrt sich jedoch bereits im Ansatz gegen Projekte mit menschenverachtendem, rassistischem oder diskriminierendem Gedankengut und Extremismus, egal, welcher Couleur“.⁹ Nur die fünf Vertreter der AfD schlossen sich, wie die Fraktion in Bautzen, der Erklärung nicht an.

Als der Fokus dann wenig später auf Weifa lag, waren auch hier die Vertreter*innen des Gemeinde- und Ortschaftsrates bestrebt, sich Handlungsoptionen zu erarbeiten und wandten sich daher an das Kulturbüro Sachsen e.V. Und obwohl die Gemeinde schlussendlich aus baurechtlichen und finanziellen Gründen nicht vom Vorkaufsrecht der Immobilie in Weifa Gebrauch machte, so fand zumindest eine Auseinandersetzung, gekennzeichnet von einem kritischen Problembewusstsein, in der Gemeinde statt. Auch hier fand die neugewählte Bürgermeisterin von Steinigtwolmsdorf und Weifa, Frau Gesel, klare Worte.

Der Rückzug Z.s aus der Region und seinen Geschäften mag sicherlich viele Gründe gehabt haben. Dass er die Öffentlichkeit regelmäßig von seinen neuesten Plänen in Kenntnis setzte, war sicher nicht zuträglich. In

jedem Falle war es wichtig, dass sich in den Gemeinden und Städten Menschen und Entscheidungsträger*innen klar positioniert haben. Hervorzuheben ist das Engagement von Initiativen wie „keep together“, die durch ihre Aktionen eine kritische Öffentlichkeit erzeugt haben, die auch dem ramponierten Image der Region etwas Positives entgegengestellt hat. Mit dem Haus in Weifa ist allerdings eine weitere Immobilie in Sachsen in rechter Hand und es bleibt abzuwarten, inwieweit der Ort in Zukunft zu einem Veranstaltungs- und Szenetreff avanciert. Kritisch zu betrachten ist auch die unterschiedliche Wahrnehmung von rechtsextremen Umtrieben: Während sich zivilgesellschaftliche und regionalpolitische Akteur*innen im Falle von Z. klar positionierten, wurde beispielsweise das Wirken von B. und anderen Neonazis über Jahre hingekommen. So agieren seit Jahren nahezu unbemerkt verschiedene Strukturen, wo eine kritische Auseinandersetzung wie im Fall Z. ebenfalls angebracht ist.



Weifa in Ostsachsen

1 | <https://www.addn.me/nazis/bewaffnete-identitaere-wollen-in-stadtraete/> [Zuletzt zugegriffen am 04.03.2021].

2 | <https://identitaereinbochum.noblogs.org/chris-ares-netzwerke-projekte-hatespeech/> [Zuletzt zugegriffen am 04.03.2021].

3 | <https://www.belltower.news/rechtsrock-fan-und-geschichts-revisionist-erster-gewahlter-ib-aktivist-mit-mandat-in-hoyerswerda-85861/> [Zuletzt zugegriffen am 04.03.2021].

4 | SZ-Online <https://www.saechsische.de/plus/chris-ares-bautzen-gewerbeanmeldung-wendische-strasse-vermieter-maettig-stiftung-5235223.html> [Zuletzt zugegriffen am 04.03.2021].

5 | <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/chris-ares-wie-afd-politiker-und-neonazis-mit-rechtem-rap-geschaeft-machen-wollen-a-d1e549e0-9464-4cb8-afd3-363bb88e4d44> [Zuletzt zugegriffen am 04.03.2021].

6 | <https://www.saechsische.de/bautzen/lokales/cunewalde-will-rechten-treff-verhindern-5270449-plus.html> [Zuletzt zugegriffen am 04.03.2021].

7 | <https://www.saechsische.de/plus/chris-ares-nazidorbischofswerda-bautzenreaktionen-landkreis-stadtparteien-5218673.html> [Zuletzt zugegriffen am 17.03.2021].

8 | <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/bautzen-hoyerswerda-kamenz/petition-mietvertrag-ares-100.html> [Zuletzt zugegriffen am 17.03.2021].

9 | <https://www.saechsische.de/bautzen/lokales/chris-ares-cunewalde-gemeinderat-erklaerung-gegen-extremismus-afd-5275988-plus.html> [Zuletzt zugegriffen am 17.03.2021].

- 6 -

DAS HAUS IN LAUERSTELLUNG. DIE DEUTSCHE STIMME IN RIESA

Die NPD als Eignerin des Verlages in Riesa und die gleichnamige Zeitung als Parteiorgan sind in gleicher Weise als lokaler, wie als kommunikativer Ort zu verstehen. Mit dem Erwerb der Liegenschaft in Riesa verband die NPD auch den Anspruch, eine in ihrem Sinn ultranationalistische Begegnungsstätte zu schaffen. Verlag, Vertrieb und Strategiestelle der sächsischen (etwaig auch der strategisch ins Auge gefassten bundesweiten) NPD waren vom Jahr 2000 an zentral in Riesa. Ab 2000 gewannen die NPD, Zeitung und Verlag einen erheblichen Bedeutungsgewinn innerhalb der politischen Strömungen und organisierten Rechten. Mit dem zunehmenden Verlust der Bedeutung der Partei nach 2014 blieben Verlag und Zeitung in Riesa. Ob von hier aus ein Neustart gelingen kann, bleibt fraglich.

Mit dem Fahrrad erreicht, so er mit dem Fahrrad fahren würde, Peter Schreiber in 20 Minuten seinen Arbeitsplatz in Riesa. Er ist Stadtrat in Strehla, Geschäftsführer im Deutsche Stimme Verlag und Chefredakteur des Monatsmagazins Deutsche Stimme. Sein Arbeitsplatz ist die NPD-eigene Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH. Sie ist seit mehr als 20 Jahren im Riesaer Stadtteil Merzdorf angesiedelt. Bis auf den Straßennamen, der 2010 auf Initiative der damaligen Riesaer Oberbürgermeisterin Gerti Töpfer verändert wurde, blieb die Adresse gleich. Im Jahr 2010, also zehn Jahre nach der Ansiedlung des Verlages und nach dem Wiedereinzug der NPD in den sächsischen Landtag, wurde mit einiger zivilgesellschaftlicher Begleitmusik die Mannheimer Straße in Geschwister-Scholl-Straße umbenannt. „Die Umbenennung sei ein ganz bewusster Schritt in Richtung Provokation, erklärte der damalige Rathaussprecher Päsler.¹ Wir wollen denen zeigen, dass sie hier nicht erwünscht sind.“² Mit „denen“ waren die Spitzenpolitiker*innen der

verfassungsfeindlichen NPD auf Bundesebene und Ebene des Bundeslandes Sachsen gemeint.

Bis 1999 hatte die Deutsche Stimme Verlag GmbH ihren Sitz im Freistaat Bayern auf dem Grundstück des ehemaligen Wiking-Jugend- und Wehrsportgruppe Hoffmann-Aktivist Anton P. Im Jahr 1998 gab es auf dem Gelände in Sinning eine Razzia, gefunden wurden in Bunkern und Depots auf dem Anwesen Gewehre, Handgranaten, Munition und eine Tretmine.³ Anton P. wurde wegen Waffenhandels verurteilt. Einer widerständigen Bürgerinitiative im oberbayerischen Sinning gelang es im Februar 2000, die Neonazis zu vertreiben.

Im Juli 2000 zog der Verlag der Neonazipartei aus den alten Bundesländern nach Sachsen. In Riesa hatte sich nach Bekanntwerden des erfolgreichen Grundstückserwerbs der Deutschen Stimme Verlags GmbH ein Bündnis gegen Rechts Riesa (BgRR) gegründet. Allerdings hatte das Bündnis keine Unterstützung von offizieller Seite. „Die Bürgermeister und Stadtratsfraktionen der Stadt Riesa lehnten eine Teilnahme und Mitarbeit beim BgRR ab.“⁴ Der Kauf des Grundstücks war von einem ortsansässigen Riesaer NPD Stadtrat vermittelt worden. Die Ansiedlung gelang und so stand im Impressum der Ausgabe des Parteiorgans der NPD von nun an als Verlagssitz der Deutschen Stimme Verlags GmbH: Riesa; Mannheimer Straße 4. Als Redaktion präsentierte sich das Who is Who der damals neuen jungen deutschen Neonaziszene. Im Jahrbuch Extremismus und Demokratie 2005 ist zu lesen:

„Im Jahre 2000 zogen Redaktion und Verlag auf Initiative von Holger Apfel in das sächsische Riesa, unweit von Dresden. Sachsen betrachtet die Partei seither

als ihr Zentrum. Ihren sensationellen Wahlerfolg bei den Landtagswahlen 2004 hat die Partei strategisch durch diese regionale Schwerpunktsetzung vorbereitet. Nach dem Ortswechsel steigerte sich die Qualität der Zeitung spürbar. Unter neuer Führung, bestehend aus jungen Kadern wie Holger Apfel und Sascha Roßmüller, erschloß sie neue Themenfelder. Beispielsweise fand der Bereich „Wissenschaft und Forschung“ Beachtung.“⁵

Der Standort in Riesa sollte eine ungeahnte Kontinuität und Wirksamkeit erlangen. Der an der Oberfläche bleibende Widerstand gegen den Standort blieb erfolglos. Die Wirkung der einzelnen ohnmächtigen Aktionen und die isoliert von der Stadtspitze vereinzelt agierenden Akteur*innen bildete beispielhaft die sächsische Demokratie ab, die es nicht vermochte, sich dieses zentralen Denk- und Organisationsortes einer verfassungsfeindlichen Partei, um den Preis der Aufrechterhaltung des Dogmas der Extremismusideologie zu entledigen.

Vom Sitz des parteieigenen Verlages aus gelang der NPD die erste Umsetzung des von ihrem Bundesvorsitzenden Udo Voigt 2003 in der Deutschen Stimme angekündigten und propagierten Kampfes um die Parlamente auf Landesebene.⁶ In Sachsen konnte die NPD 2004 fast genauso viele Stimmen wie die SPD gewinnen. Im Jahr 2009 zog die sächsische NPD erneut in einen Landtag ein. Immerhin noch 5,6 % der sächsischen Wähler*innen hatten ihre Entscheidung zugunsten der NPD getroffen. Erst 2014 scheiterte die NPD knapp an der 5% Hürde und versank nach dem Ausscheiden aus dem Landtag in der politischen Bedeutungslosigkeit. Die Monatszeitschrift Deutsche Stimme und damit die parteieigene Deutsche Stimme Verlag GmbH wurden, mit dem viralen Geschehen um die 2014 beginnende Konstituierung einer konformistischen Rechten, regelrecht verdrängt.

Die AfD und mit ihr gleichschwingend die Antiasylbewegung nutzten eine ganz eigene Medienlandschaft. In den Sozialen Medien avancierte jede*r rassistische Aktivist*in zur/zum Publizist*in. Im Minutentakt aktuell und vor Ort der zahllosen Aufmärsche und Zusammenrotungen gegen die Errichtung oder Betreibung von Asylunterkünften geiferten sie in unsäglicher rassistischer Umgangssprache. Gleichzeitig erlebten die reaktionären Blätter, wie das Compact Magazin des Gesinnungsjournalisten Elsässer mit nach eigenen Angaben 80.000er Auflage, ungeahnte Absatzzahlen.⁷ Die Zeitschrift Junge

Freiheit, 1986 von Dieter Stein, einem langjährigen Akteur der Neuen Rechten und Förderer der AfD⁸, hatte sich längst auf dem Markt der sich konservativ verortenden Leser*innenschaft etabliert. Dem Institut für Staatspolitik aus Sachsen-Anhalt gelang es erfolgreich, sich als Think Tank der Neuen Rechten zu etablieren. Etwas, das dem Mitarbeiter der Deutschen Stimme und NPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel⁹ mit seiner Dresdner Schule¹⁰ nicht einmal im Ansatz gelungen war. Noch 2008 konnte sicher behauptet werden, dass es der rechten Szene an Personal und Strukturen mangelt, einen intellektuellen Diskurs anzustoßen.

Die nationalistisch und rassistisch gesinnte neue rechte Bewegung verstand es besser, mit dem ihr typischen Infotainment zu unterhalten, immer erneut zu mobilisieren und damit effektiver zu sein, als die alte offene neonationalsozialistische Rechte es je war. Letztlich brauchten Anhänger*innen und Sympathisant*innen der Follower der unzähligen Hetz- und Hassforen der Neuen Rechten die Deutsche Stimme als klassisches Hetzorgan nicht mehr. Sie waren immer schon längst informiert und mit jedem neuen Post und Like aufs Neue bestätigt, mit ihrer rassistischen und nationalistischen Grundgesinntheit im Recht zu sein. Die Junge Freiheit, die Compact und zahllose Onlineformate in den Sozialen Medien setzten die letzte ernst zu nehmende politische Strategie von Holger Apfel, Ex-Chefredakteur der Deutschen Stimme und Ex-Geschäftsführer des Deutsche Stimme Verlags, der 2013 als Vorsitzender von NPD-Bundes-, Landes-, und Fraktionsvorsitz zurückgetreten war, um. Die Neuen Rechten hatten das Personal und die Bewegung, die sich Apfel mit der Strategie einer Seriösen Radikalität für eine modernisierte NPD vergeblich herbei gewünscht hatte. Den Anspruch der Verlagsgesellschaft der Deutschen Stimme, ein nationales Begegnungszentrum zu sein, gaben die alten Akteure mit Ausscheiden der NPD aus den Landtagen 2014 in Sachsen und 2016 in Mecklenburg-Vorpommern nicht auf. So versuchten die Akteure der NPD 2015 diese längst illusorische Idee zum Beispiel mit einem Europakongress zu untermauern. Im August 2015 hatten die Aktivist*innen der NPD auf dem Gelände ihres Verlages mit „Haus Wieland“ einer „nationalen“ Begegnungsstätte einen Namen gegeben. Im Jahr 2017 organisierte die NPD noch einmal einen Wahlkampfauftakt für die Bundestagswahl in Riesa in der Stadthalle Stern.



Im Ergebnis der Bundestagswahl lag die NPD allerdings unter 0,5 % und konnte nicht nur nicht an die Erfolge der 2000er Jahre anschließen, sondern wurde letztlich sogar vor die Existenzfrage gestellt.

Die NPD ist, wie ihr Verlag auch, bis in die Gegenwart in Riesa geblieben. Jürgen Gansel, ehemaliger NPD-Landtagsabgeordneter und Redakteur der Deutschen Stimme, sitzt auch 2021 noch für die NPD im Riesaer Stadtrat. Das Gelände des parteieigenen Verlages bleibt ein sicherer und kontinuierlich für Neonazis nutzbarer Ort. Unter gleicher Adresse gemeldet sind die Landesgeschäftsstelle der NPD und ihre Jugendorganisation, die Jungen Nationalisten. Mit dem Rückzug auf diesen einen Ort, ihrer nicht verbotenen, wenngleich verfassungsfeindlichen Partei und deren restlicher landesweiter Logistik, können sich die Neonazis weithin ungestört neu aufstellen.

Einen radikalen Neuanfang in Inhalt und politischer Absicht wird es aus der NPD heraus sicher nicht geben. Ein Neuanfang in Form und ein neuer Beginn mit neuem Personal ist jedoch seit 2020 zu bemerken. Die zum Verlag gleichnamige Monatszeitschrift erscheint im April 2020 im 44. Jahrgang zum Preis von 6,50 Euro als Magazin. Und sie sucht nicht nur in einer neuen Form ihren Platz in der rechten Bewegung.

„In der DS-Redaktion hatten wir uns dennoch dazu entschlossen, der aktuellen Entwicklung nicht hinterherzulaufen und das Flüchtlingsthema nicht als Titelthema in den Mittelpunkt unserer Berichterstattung zu rücken, wie es vermutlich ohnehin alle nationalen Publikationen derzeit tun werden. Die ‚Entgrenzung‘ dieser Republik stellt so oder so eine chronische und schwerwiegende Autoimmunkrankheit dar. Als Monatsmagazin liegt es außerhalb unserer Möglichkeiten, tagesaktuell über die jüngsten Einwanderungs- Sauerereien zu berichten. Dazu ist übrigens unser Nachrichtenportal auf www.deutsche-stimme.de da. Vielmehr muss es uns darum gehen, aktuelle Entwicklungen als Aufhänger zu betrachten, anhand derer wir grundlegendere Fehlentwicklungen benennen, die Ursachen analysieren und Wege aus dem Unheil aufzeigen.“¹¹

Als neuer Autor und Kolumnist wirkt im „neuen“ Monatsmagazin Deutsche Stimme Alexander Markovics¹², ehemaliger Obmann und Sprecher der Identitären Bewegung Österreichs¹³. Mit Markovics ist kein neuer Holger Apfel in Riesa. Und doch steht diese Personalie durchaus

für eine Revitalisierung an Personal und inhaltlicher Ausrichtung der Monatszeitschrift. Markovics schrieb für einige rechte Blogs und Publikationen. Im Jahr 2018 bekam er laut Selbstdarstellung vom russischen Präsidenten eine Medaille für sein Engagement für das Weltjugendfest 2017 in Sotschi.¹⁴ Er ist „Generalsekretär“ und Vorsitzender des Vorstandes des Suworow Instituts, einem Verein, der sich vorgeblich um österreichisch-russische Vernetzungen bemüht.¹⁵

Schreibers Arbeitsweg beträgt nur 20 Minuten zwischen dem Ort seines lokalen politischen Mandats und dem des letzten bundesdeutschen Zentrums der verfassungsfeindlichen NPD und ihrem Zentralorgan, so er das Fahrrad nimmt. Noch sitzt Peter Schreiber als Chefredakteur und Verlagschef vor der Webcam für das Format Deutsche Stimme TV, um Werbung in eigener Sache zu machen. Der Verlag in Riesa bleibt sowohl ein lokaler, als auch kommunikativer Raum der ultranationalistischen NPD, ein Ort und Raum in Lauerstellung.

1 | Uwe Päsler war 2010 Rathaus-sprecher in Riesa.

2 | Süddeutsche Zeitung vom 28.06.2010 <https://www.sueddeutsche.de/politik/stadt-riesa-sagt-npd-den-kampf-an-widerstand-mit-den-geschwistern-scholl-1.966491>.

3 | Online: <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/der-v-mann-didier-magnien-gesehen-am-07.03.21>.

4 | <https://www.gruene-meissen.de/themen/rechtsextremismus>.

5 | Hartleb, Florian (2005): Zeitschriftenporträt: Deutsche Stimme. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2005, S.219.

6 | Vgl. Deutsche Stimme, Nr.5/2003.

7 | Fuchs, Christian: „Compact“: Hauspost für die Wütenden. In: Die Zeit.Nr.25, 2016.

8 | Vgl. Fuchs, Christian/Middelhoff, Paul (2019): Das Netzwerk der Neuen Rechten, Rowohlt, S. 63.

9 | Online: <http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fraktion/abgeordnete/juergen-gansel/>, gefunden am 07.03.21.

10 | Online: <https://www.endstation-rechts.de/news/die-dresdner-schule-der-npd-gibts-die-wirklich.html>, gefunden am 07.03.21.

11 | Vgl. Deutsche Stimme April 2020.

12 | Online: <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/august-2020/putin-und-palaestina-deutsche-stimmen-aus-oesterreich>, gefunden am 07.03.21.

13 | Ebd.

14 | Facebook- Eintrag von Alexander Markovics vom 16.3.2018, abgerufen am 07.03.21.

15 | Online: <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/september-2019/ehemaliger-spitzenkader-zeichen-fuer-identitaere-auf-stagnation-bis-niedergang>, gefunden am 07.03.21.

- 7 -

ORT DER VEREINNAHMUNG. ,HELDENGEDENKEN‘ IN GÖDA

In Zweierreihen, nahezu einheitlich schwarz gekleidet, bewegen sich überwiegend männliche Besucher einen schmalen, von Laub bedeckten Weg entlang. Sie nehmen jeweils hinter einem Grab Aufstellung, die Hände auf dem Rücken. An jedem Grab sind rote Grabkerzen zu sehen. Die Namen der Bestatteten werden verlesen, die Anwesenden antworten laut „Hier“. Es folgt eine Rede, in der u.a. zu hören ist: „Es geht am Volkstrauertag längst nicht mehr nur um die Verehrung unserer Helden, sondern um das Gedenken an die Zeichen einer für uns unvorstellbaren Zeit.“¹ Zum Schluss werden Kränze niedergelegt, u.a. mit den Aufschriften „Treue Deutsche Jugend“, „Einzig lebt und wir wissen es – der Toten Tatenruhm“ und „Ruhm und Ehre dem deutschen Soldaten“. Es erklingt das Lied „Ich hatte einen Kameraden“². Die Zeremonie wird meist gefilmt und auf Youtube veröffentlicht. Im Video von 2019 verschwimmen die Bilder von der Veranstaltung mit Original-Filmaufnahmen aus dem Zweiten Weltkrieg. Das Video ist untertitelt mit „Heldengedenken“. Dazu läuft pathetisch wirkende Musik.

Zugetragen hat sich dies am 17. November 2019 zum Volkstrauertag in Göda.³ Die Gemeinde liegt ca. 8 km von Bautzen entfernt und zählt ca. 3.150 Einwohner*innen. In den Monaten April/Mai 1945 wurde „im Wiesengelände des Gödaer Pfarranwesens“ eine Kriegsgräberstätte angelegt. Diese zieht alljährlich am Volkstrauertag Neonazis aus den Landkreisen Bautzen, Görlitz, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und der Landeshauptstadt Dresden an.

,HELDENGEDENKEN‘ IN GÖDA UND NATIONALSOZIALISTISCHER TOTENKULT

Die Inszenierung des beschriebenen Rituals orientiert sich, ähnlich wie bei anderen Heldengedenk-Veranstaltungen, direkt am nationalsozialistischen Totenkult, der den italienischen Faschismus als Inspirationsquelle nutzte.⁴ Besonders auffällig in diesem Ritual ist das Verlesen der Namen der Toten. Ähnlich wie bei einem militärischen Appell antworten die Anwesenden mit „Hier“.⁵ Die Teilnehmenden, die hier die Rolle der verbliebenen Kameraden/Soldaten einnehmen, sehen sich in einer Traditionslinie zu den Gefallenen.⁶ Letzteren werden positive Eigenschaften zugeschrieben, die als Inspiration für das eigene Handeln im Hier und Jetzt sowie in der Zukunft dienen sollen.⁷ Der Eindruck der Kontinuität und auch Fortführung dieses ‚Erbes‘ wird für die Anwesenden auch durch die Altersspanne verstärkt: so waren in den letzten Jahren von Kleinkindern in Kinderwägen bis zu Zeitzeug*innen und ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS alle Altersgruppen vertreten.

Um die Inszenierung in den Sozialen Medien fortzusetzen, benötigt die Neonaziszene Filme, Fotos und Berichte. Unter den Beiträgen auf der Facebookseite des ‚Nationalen Medienkollektivs‘ findet sich auch ein Foto vom 19. November 2017 in Göda. Es zeigt eine (mitgebrachte) Platte mit der Aufschrift „Des Soldaten Ehre ist seine Treue“ und das Emblem der HIAG. Hierbei handelt es sich um die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS“, einer Organisation von ehemaligen überzeugten Nationalsozialisten und Angehörigen der Waffen-SS, die 1992 aufgelöst wur-

de. Zur Programmatik der HIAG gehörte die Abgrenzung und Zurückweisung des Vorwurfs von Kriegsverbrechen und die damit verbundene Verharmlosung der Waffen-SS.

Einer der damaligen regelmäßigen Teilnehmenden der neonazistischen Veranstaltung zum Volkstrauertag in Göda war Gottfried P., ein mutmaßliches HIAG-Mitglied. P. gibt in einem Brief an, dass er bereits seit 1999 mit „einigen ehemaligen Soldaten“ in Göda „den zu Tode gekommenen deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges“ gedenke. Er bezeichnet die von ihm mit organisierte Veranstaltung als „Feierstunde“, die auch „Kulturveranstaltung“ sein soll.

Kranzschleifen, Kleidung, Fahnen und Anmerkungen in den Sozialen Medien weisen darauf hin, dass es sich für die neonazistische Szene um eine besondere und generationsübergreifende Veranstaltung handelt. Vertreter eines breiten neonazistischen Spektrums finden sich in Göda zum Volkstrauertag ein: NPD, Hooligans, „Rocker“, alte Kameradschaftsstrukturen, auch aus Dresden und dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

Um zu verstehen, warum sich gerade hier die verschiedenen Neonazi-Gruppierungen alljährlich treffen, lohnt ein Blick auf die Geschichte des Ortes.

In den Kriegstagen 21. April bis 26. April 1945 kam es zwischen Einheiten der Deutschen Wehrmacht auf der einen und polnischen und sowjetischen Truppen auf der anderen Seite in und um Bautzen zu starken Kämpfen. Die deutschen Soldaten hatten anfangs polnische Truppen zurückgeschlagen, waren vorerst erfolgreich. Dieser (singulär betrachtete) Teil der Geschichte bietet Neonazis Stoff zur Mythenbildung.

In der Folge dieser Gefechte wurde in Göda eine Kriegsgräberstätte errichtet und 111 Menschen bestattet. 15 von ihnen konnten nicht identifiziert werden. Ein Zivilist und ein Zwangsarbeiter seien hier ebenfalls begraben. Das Alter der Toten wird zwischen 18 und 59 Jahren angegeben. Die meisten Soldaten seien an den um Göda stattgefundenen Kriegshandlungen beteiligt gewesen.⁸

Durch die Lage fühlte sich lange Zeit die evangelisch-lutherische Kirchgemeinde zuständig. Nach 1994 wurden Zuwegung und Stätte in kommunales Eigentum überführt.⁹

1986 wies die Kirchgemeinde auf den schlechten Zustand hin (die Anlage sei unwürdig geworden). Ein Jahr später wurden Rekonstruktionsmaßnahmen vorgenom-

men, unterstützt von 15 Niederländer*innen im Rahmen eines Friedensseminars: aus dem Friedhof solle ein „Mahnmal für den Frieden“ werden.¹⁰

2011 wird aufgrund des erneut verwitterten Zustandes ein neues Holzkreuz aufgestellt. Hier wird der Zuständigkeitswechsel deutlich: die Fördermittel wurden vom Finanzausschuss des Gemeinderates bewilligt.

ZUR BEDEUTUNG VON „HELDENGEDENKEN“ FÜR DIE EXTREME RECHTE

Diese Kriegsgräberstätte ist am Volkstrauertag seit Jahren Austragungsort einer Veranstaltung, die von den Teilnehmenden, in Anlehnung an den Nationalsozialismus,



Soldatenfriedhof in Göda

als ‚Heldengedenken‘ bezeichnet wird. Bundesweit finden ähnliche Veranstaltungen statt. „Heldengedenken“ sind ein „zentraler Baustein neonazistischer Geschichtspolitik.“¹¹

Zentral für diese extrem rechte Geschichtspolitik ist zuvorderst das eigene Geschichtsbild, was jährlich wieder bestätigt wird. Botsch spricht hier von einer „historisch fiktionalen Geschichtserzählung“, als eine Art „Collage“ aus historischen Fakten, Spekulationen, Mutmaßungen, z.T. bereits widerlegten Thesen und Phantasien.¹² Das tatsächlich Geschehene wird entkontextualisiert und Erinnerungen werden, wo nötig, durch Erzählungen ersetzt.¹³ Die Umdeutung von Ereignissen dient dabei auch der Leugnung oder Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen.¹⁴ Der Bezug zum Nationalsozialismus, mit seiner Betonung des Soldatischen und dem Kampf als „zentralen Teil des Politikverständnisses“ ist ein

wichtiger Bezugspunkt für die neonazistische Szene.¹⁵ Damit ist der Volkstrauertag als Datum der Veranstaltung nicht zufällig gewählt. Welche Wirkung erhofft man sich aus diesem jährlichen Ritual?

Bereits durch die Art der Bewerbung der Veranstaltung in Göda in den letzten Jahren wird deutlich: das Zusammenkommen dient eher internen Zwecken. So wurde die Veranstaltung so gut wie nie öffentlich beworben. Und wenn, dann nur in einem sehr allgemeinen Rahmen, ohne Nennung des konkreten Ortes. Dennoch fand die Veranstaltung seit mindestens Ende der 90er Jahre mit zweistelligen Teilnehmendenzahlen statt.

Innerhalb der rechten Szene besitzen historische Themen gemeinhin eine besondere Mobilisierungsfähigkeit, da der Bezug auf „gemeinsam geteilte Erzählungen“ das Potenzial hat, zerstrittene Akteur*innen innerhalb der rechten Szene zusammenzubringen - und sei es nur kurzzeitig.¹⁶ Killguss und Langebach bezeichnen das ‚Heldengedenken‘ als einen festen Eintrag im „extrem rechten Aktionskalender.“¹⁷ Die konstante Teilnehmer*innenzahl in Göda (70-150 Personen) scheint diese Einschätzung auch für den kleinen sorbischen Ort in der Oberlausitz zu bestätigen.

Was gerade die Kriegsgräberstätte in Göda für die Neonazis so attraktiv macht, dazu lassen sich verschiedene Vermutungen anstellen. Auch in Ostsachsen ist Göda am Volkstrauertag eine Destination unter anderen (Görlitz, Waldfriedhof/ Soldatenfriedhof Jänkendorf, Niesky, Rietzen, Weißwasser). Im Unterschied zu vielen anderen Orten zu der Zeit, war die Wehrmacht in den Gefechten im April 1945 in der Region kurzzeitig erfolgreich. Auch wenn der Verlauf dieser Gefechte nichts am Kriegsausgang änderte, so bieten die Kämpfe doch Stoff zur Geschichtsbildung, oder anders: hier können ‚historisch fiktionalen Geschichtserzählungen‘ gut ansetzen. Weitere Annahmen zur Attraktivität des Ortes könnten die Verbundenheit einiger Zeitzeug*innen mit dem Ort sein, die räumliche Nähe zu Dresden und Görlitz, die gute Erreichbarkeit mit dem Auto und schließlich auch die unmittelbare Nähe zu Bautzen, als Wohnort möglicher Organisator*innen. Und vielleicht spielt auch die Kontinuität eines einmal eingeführten Rituals eine Rolle.

ZUR GESCHICHTE DES VOLKSTRAUERTAGES

Dabei ist der Volkstrauertag, am zweiten Sonntag vor dem 1. Advent, kein Datum, das allein im extrem rechten Aktionskalender markiert ist, stattdessen finden bundesweit auch Gedenkveranstaltungen von Demokrat*innen statt. So z.B. die zentrale Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages unter Schirmherrschaft des*der Bundestagspräsident*in.¹⁸

Die Geschichte dieses Tages beginnt nach dem Ersten Weltkrieg. Der 1919 gegründete „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ (VDK) forderte Anfang der 1920er Jahre die Einführung eines Volkstrauertages als gesetzlichen Feiertag. Dieser sollte als „Gedenktag für die gefallenen deutschen Soldaten“ begangen werden, was 1925 erstmals geschah. Dennoch war die Einführung des Volkstrauertages bis zum Ende der Weimarer Republik nicht gesetzlich geregelt.

Dies änderte sich im Nationalsozialismus. Mit dem Gesetz zur Einführung der Feiertage wurde der Volkstrauertag ebenfalls zum gesetzlichen Feiertag mit dem Namen „Heldengedenken“. Außerdem wurde nun auch an die „Toten der ‚Kampfzeit‘ der nationalsozialistischen Bewegung“ gedacht¹⁹ - Weltkriegstote wurden demnach mit NSDAP-Anhängern gleichgesetzt.²⁰

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der Tag mehrere Jahre nicht begangen, weder als ‚Heldengedenken‘ noch als Volkstrauertag. In der BRD änderte sich dies Anfang der 1950er Jahre. 1952 erfolgte die Rückbenennung in Volkstrauertag und die Wiedereingliederung in den Kirchenkalender am zweiten Sonntag vor dem 1. Advent. In der DDR gab es kein Äquivalent zu diesem Tag.²¹

Mit der Umterminierung und Umbenennung fand allerdings keine abschließende Distanzierung von vorherigen Bräuchen und Ritualen statt. Der Theologe Hentschel hält fest, dass es 40 Jahre dauerte, bis der Bundestag offiziell formulierte, dass der Zweite Weltkrieg ein „Angriffs- und Vernichtungskrieg [war], ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen“²² und auch die Wurzeln des Tages betrachtet er kritisch: als Propaganda gegen die Weimarer Republik und Stärkung deutsch-

nationaler und revanchistischer Kräfte.²³ Bis heute erhalten die Ansprachen bei den offiziellen Gedenkfeiern keine Unterscheidung zwischen Angreifern und Angegriffenen. „Alle sind Opfer“. Hentschel kritisiert hier die fehlende Auseinandersetzung mit der Schuld.²⁴ Weiterhin unterscheidet er zwischen individuellem Trauern um Individuen und dem Gedenken an ein Kollektiv. Die Frage, wie und wer an gefallene deutsche Soldaten erinnert, steht damit weiterhin bundesweit zur Debatte.

WESHALB IST NEONAZI-GEDENKEN PROBLEMATISCH?

Es wurde deutlich, dass sich ‚Heldengedenken‘ von anderen Formen des Gedenkens unterscheidet, indem es eigenen Regeln und Zielen folgt. Es ist also anders- ist es auch problematisch? Und im bereits zitierten Brief von Gottfried P. wird auf den vermeintlich harmlosen Charakter der Veranstaltung verwiesen, bei der niemand zu Schaden käme. Warum dies nicht so ist, soll im Folgenden kurz beleuchtet werden.

Bereits mit der Namensgebung in nationalsozialistischer Tradition wird ein wesentlicher Unterschied deutlich. Rechter Erinnerungspolitik geht es nicht um kritische Retrospektive auf den Zweiten Weltkrieg. Vielmehr ist in den letzten Jahren zu beobachten, dass die extreme Rechte nicht länger nur versucht, deutsche Kriegsschuld und -verbrechen zu relativieren und zu leugnen, sondern stattdessen den Versuch unternimmt, einen positiven Bezug zum Nationalsozialismus herzustellen.²⁵ Zudem leistet das Gedenken mit seinem Bezug auf gemeinsam geteilte Inhalte (jenseits historischer Fakten) einen Beitrag zur Gruppenidentität.²⁶

Und schließlich lohnt sich auch noch ein genauer Blick auf die sehr spezifische Gruppe, der hier gedacht wird. So wird im Rahmen des ‚Heldengedenkens‘ in Göda ausschließlich deutscher Soldaten gedacht. Unerwähnt bleiben neben den Gefallenen der sowjetischen und polnischen Truppen, die in der Schlacht um Bautzen umkamen, auch alle anderen Opfer nationalsozialistischer Politik und Kriegsführung. Sie sind kein Teil des Gedenkens. Ihr Leid wird durch diese strategisch selektive Sicht geradezu verhöhnt.

UND WIE KANN ES WEITERGEHEN?

Nachdem die Problematik dieses sehr spezifischen und auf den Nationalsozialismus ausgerichteten Gedenkens veranschaulicht wurde, stellt sich unweigerlich die Frage nach einem geeigneten Umgang damit. Dazu ist es sinnvoll, sich noch einmal die Bedeutung des Ortes für das Gedenken vor Augen zu führen. Wenn rechte Erinnerungskultur (und damit auch ‚Heldengedenken‘) als ‚Aneignung der Vergangenheit durch eine Gruppe‘ verstanden werden kann²⁷, dann ist dazu auch ein Ort vonnöten. Sei es wie in Göda eine Kriegsgräberstätte, oder ein Kriegerdenkmal, eine Gedenktafel o.ä. – gewissermaßen ein ‚Austragungsort‘ des Rituals. Denn natürlich wäre ein Zusammenkommen auch an einem beliebigen Ort

möglich, aber der Charakter desselben wäre ein anderer, nicht zuletzt, weil – wie gezeigt – der historische Kontext des Ortes zum Ritual beiträgt. Die temporäre Aneignung des Ortes am Volkstrauertag trägt also zur ‚Aneignung der Vergangenheit‘ bei, ermöglicht sie gewissermaßen. Dennoch ist es nur eine temporäre Aneignung. Wie im Artikel gezeigt wurde, besitzt die Kriegsgräberstätte in Göda auch eine Bedeutung für die politische und die kirchliche Gemeinde, was sich nicht zuletzt an der Wiederherrichtung der Grabanlage und der anhaltenden Pflege der selbigen zeigt. Eine Abschaffung des Ortes ist keine Option²⁸, trotzdem oder gerade deswegen braucht es einen Umgang mit der beschriebenen Vereinnahmung dieses Ortes. Und es bleibt die Frage, wie wir gedenken und wem wir gedenken wollen – nicht nur in Göda.



Soldatenfriedhof in Göda

*Literaturverzeichnis:***Botsch, Gideon (2016):**

Fiktionen gegen Fakten. Zum Umgang der extremen Rechten mit Geschichte, In: „Opa war in Ordnung!“ Erinnerungspolitik der extremen Rechten, hg. v. Hans-Peter Killguss/Martin Langebach/NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln/Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, Köln, S. 52-65.

Gnauck, Bernd (2005):

Kriegsgräberstätte Göda, In: Zweitürmer. Heimatblatt der Gemeinde Göda, hg. v. Heimatverein Göda e.V., Göda, S. 5-6.

Killguss, Hans-Peter/Langebach, Martin (2016):

„Opa war in Ordnung!“ Erinnerungspolitik der extremen Rechten, In: „Opa war in Ordnung“ Erinnerungspolitik der extremen Rechten, hg. v. Hans-Peter Killguss/Martin Langebach, Köln, S.10-25.

Klingel, Kerstin (2006):

Volkstrauertag. Eichenkranz und Dornenkrone. Kriegerdenkmäler in Hamburg, hg. v. Landeszentrale für Politische Bildung, Hamburg.

Kopke, Christoph/Wilke, Karsten (2016):

Heldengeschichten als Gegenerzählungen. Extrem rechte Narrative und Inszenierungen zum Zweiten Weltkrieg, In: „Opa war in Ordnung“ Erinnerungspolitik der extremen Rechten, hg. v. Hans-Peter Killguss/Martin Langebach, Köln, S. 92-103.

Petersen, Thomas Peter (1998):

Die Geschichte des Volkstrauertages, hg. v.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, 2. erw. Auflage, Kassel.

Schulze, Christoph (2015):

Heldengedenken. Neonazistische Heldenehrung als Abwehrkampf gegen den Bolschewismus – das Beispiel Halbe, In: Erinnerungsorte der extremen Rechten, hg.v. Martin Langebach/Michael Sturm, Wiesbaden, S. 177-196.

Zimmermann, Hans-Peter (1999):

Der gute Kamerad. Ludwig Uhlands freiheitliche Konzeption des militärischen Totenkultes, In: Zeitschrift für Volkskunde, hg.v. Gottfried Korff, Martin Scharfe, Sabine Doering-Manteuffel, Uwe Meiners, S. 1-13.

Drucksachen:

Drs. 7/672 vom 16.01.2020

*Online-Quellen:***Balacava Graphics (2019):**

Heldengedenken Bautzen 2019, <https://www.youtube.com/watch?v=Aul2q2ucU8A>, 15.02.2021.

Blick nach Rechts (2010):

Solidarität mit Altnazi, <https://www.bnr.de/content/solidaritaet-mit-altnazi>, 04.03.2021.

Chronik L.E. (2009), Geithain:

Waffen-SS-Mann erzählt „lustige Geschichten“ über den Nationalsozialismus, <https://www.chronikle.org/ereignis/geithain-waffen-ss-mann-erzaehlt-lustige-geschichten-nationalsozialismus>, 04.03.2021.

Cramer, John (2012):

Kriegsgräber und historische Bildung gegen Geschichtsrevisionismus, <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/10207>, 04.03.2021.

Hentschel (2020):

Heldengedenken gehört abgeschafft. Theologe kritisiert Volkstrauertag, <https://taz.de/Theologe-kritisiert-Volkstrauertag/!5723671/>, 04.03.2021.

Lausberg, Michael (o.J.)

Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS e.V. (HIAG), http://www.michael-lausberg.de/index.php?menu=exklusiv&inhalt=hilfsgemeinschaft_waffen-ss, 04.03.2021.

1 | <https://www.youtube.com/watch?v=Aul2q2ucU8A>, (15.02.2021).

2 | Das von Ludwig Uhland 1809 in Tübingen gedichtete und 1825 von Friedrich Silcher vertonte Gedicht „Der gute Kamerad“ gehörte ursprünglich zum Repertoire bürgerlich-liberaler Gesangs- und Turnvereine und wurde in der Kaiserzeit von nationalistischen und militaristischen Ideologen vereinnahmt. Im Ersten Weltkrieg diente es nach einer Umdeutung der Beschönigung des Opfertodes. Und schließlich bemächtigten sich die Nationalsozialisten des Liedes für ihr sog. Heldengedenken. (Zimmermann (1999): 3). Heute wird es oft am Volkstrauertag an Gefallenendenkmälern (wie in Dresden auf dem Nordfriedhof am 15.11.2020) und im Deutschen Bundestag im Rahmen einer Feierstunde gespielt (so auch am 15.11.2020). Bekannt wurde das Lied aufgrund der Anfangszeile der ersten Strophe „Ich hatt einen Kameraden“.

3 | Siehe auch: Drs. 7/672 vom 16.01.2020, nach der ca. 100 Neonazis teilnahmen.

4 | Schulze (2015):187.

5 | Schulze (2015): 187f.

6 | Der Historiker John Cramer bezeichnet das symbolische „Zurückrufen“ der Toten in die angetretenen Reihen der (sich ihnen als Kameraden verbunden fühlenden) Rechtsradikalen als gespenstisch anmutendes Element. Cramer (2012): o.S.

7 | Schulze (2015): 188, zitiert aus einer Flugschrift der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (1991).

8 | Gnauck (2005): 5f.

9 | Gnauck (2005): 6.

10 | Sehr schwierig war es für die Kirchgemeinde, die notwendigen Finanzmittel zu bekommen. Sie ersuchte den „Bund der evangelischen Kirchen in der DDR“ („Gräberfürsorge“) um finanzielle Mittel für 50 Holzkreuze. Befürworter dieser Stelle bezeichneten es als „ein sehr seltenes Ereignis, dass sich eine Kirchgemeinde mit so starkem Engagement um die Rekonstruktion ihrer Kriegsgräber bemüht.“ Von einem „Musterbeispiel“ war die Rede.

11 | Schulze (2015):182. Diese Geschichtspolitik bezeichnet Schulze als „Kraftstoff [...]“, der für die Reproduktion der Bewegung unbedingt vonnöten ist. „Und die Wirkung des ‚Heldengedenken‘-Rituals schätzt er als „bewegungsinterne Selbstvergewisserung und Sinngabe“ ein. (ebd.: 193f).

12 | Botsch 2016: 62f.

13 | Botsch 2016: 53. Botsch macht zudem deutlich, dass Vertreter*innen dieser Geschichtserzählungen sich gegen die empirische Überprüfung ihrer Inhalte abschotten, indem sie widersprechende Quellen schlicht als gefälscht betrachten (Botsch (2016): 62).

14 | Kopke/Wilke (2016): 100.

15 | Schulze 2015: 182.

16 | Killguss/Langebach (2016): 12.

17 | Killguss/Langebach (2016): 12.

18 | Klingel 2006: 125.

19 | Schulze (2015): 179.

20 | Petersen (1998): 21.

21 | Schulze (2015): 179 und Klingel (2006): 124.

22 | Hentschel (2020): o.S.

23 | Hentschel (2020): o.S. Entsprechend schreibt Klingel zu den Motiven des VDK für den Volkstrauertag in den 1920er Jahren: „[...] der Wunsch nach geistiger Einigung der Deutschen auf die Idee der deutschen Nation, auf das Streben nach einem Wiedererstarken des deutschen Volkes, immer zu verstehen in abwertender Abgrenzung insbesondere zu den europäischen Nachbarländern.“ [Stand im Vordergrund; Anm. d. Verf.] (Klingel (2006): 122f).

24 | Hentschel (2020): o.S.

25 | Kopke/Wilke (2016): 94f.

26 | Killguss/Langebach (2016): 14.

27 | Killguss/Langebach (2016): 15.



- 8 -

UNSICHTBARE SCHALTZENTRALE. EIN NEUES SZENE-OBJEKT IN CHEMNITZ

Wie Anfang Januar diesen Jahres medial bekannt wurde, gibt es in Chemnitz eine neue Immobilie, die der extremen Rechten zuzuordnen ist. Neu ist dabei jedoch im Wesentlichen, dass die Öffentlichkeit jetzt Kenntnis von ihr hat. Denn der Kauf wurde bereits 2013 vollzogen und auch die dahinterstehenden Akteure sind „alte Bekannte“. Doch der Reihe nach:

Chemnitz ist bereits seit den 1990er Jahren ein fester Anker für die sächsische und bundesdeutsche neonazistische Szene. Die Kontinuitäten reichen vom NSU, über die rassistischen Antiasylproteste von 2014 bis 2016, die Ausschreitungen 2018 bis hin zu den Protesten gegen die Coronamaßnahmen im vergangenen Jahr. In den letzten Jahren wurden in und um Chemnitz immer wieder sogenannte „Zeitzeugenvorträge“, „Soldatenweihnacht“ mit ehemaligen SS-Leuten oder auch ein Vortrag mit der mittlerweile inhaftierten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck bekannt.¹ Im gleichen Zeitraum wurde in der Region auch das neonazistische Kampfsportevent „TIWAZ“ zu einem relevanten Ereignis für die Szene.

Bei den letztgenannten Aktivitäten spielten Immobilien in der Organisation stets eine tragende Rolle. Denn sie fanden bis auf wenige Ausnahmen in Räumlichkeiten statt, die nicht in der Hand der extremen Rechten sind. Dass dies für die Szene ein Problem darstellen kann, zeigt sich immer dann, wenn derartige Veranstaltungen unterbunden oder die Verträge bei Einmietungsversuchen gekündigt werden. So hat die Stadt Chemnitz Gartensparten den Rücken gestärkt, als bekannt wurde, dass Vereinskneipen regelmäßig für geschichtsrevisonistische Veranstaltungen genutzt wurden.² Dadurch brachen den Neonazis relevante Veranstaltungsorte weg. Diesem Risiko kann mit szeneeigenen Immobilien ent-

gangen werden. So bot das sogenannte „Nationale Zentrum“ im Stadtteil Markersdorf 2018 zweimal Raum für „Zeitzeugenvorträge“.³ Auch in den Räumen der Kanzlei des PRO Chemnitz Stadtrats und Anwalts Martin Kohlmann wurden besonders seit den Ausschreitungen im Spätsommer 2018 Aktivitäten organisierter Neonazis wahrgenommen.⁴

Im Windschatten des öffentlichen Fokus auf diese beiden Immobilien konnte sich nun ein weiteres Objekt auf der Frankenberger Straße im Chemnitzer Stadtteil Ebersdorf womöglich zu einem Dreh- und Angelpunkt neonazistischer Organisation in der Region entwickeln. Dies legen unter anderem Recherchen des Journalisten Johannes Grunert nahe, der zeigen konnte, dass in diesem unscheinbaren Gebäude gleich mehrere der angesprochenen Fäden zusammenlaufen.

Vieles spricht dafür, dass die Reihe von „Zeitzeugengesprächen“ sowie das neonazistische Kampfsportevent „TIWAZ“ maßgeblich durch den Verein „Sport und Bildung e.V.“ organisiert wurden.⁵ Dies würde auch dem Vereinszweck und angestrebten Tätigkeiten entsprechen.

Sitz des Vereins: In ebenjenem Haus auf der Frankenberger Straße. Zumindest war dort bis zum Erscheinen des Artikels von Johannes Grunert am 8. Januar diesen Jahres noch ein mit dem Namen des Vereins versehener Briefkasten.⁶ Seit dem 9. Januar fehlt das Schild. Fühlten sich die Neonazis möglicherweise in ihrem Rückzugsraum gestört durch den Blick der Öffentlichkeit? Vielleicht handelt es sich um einen Zufall, jedoch erscheint es merkwürdig, dass das Entfernen der Klingel- bzw. Briefkastenschilder gerade auf den Tag nach Erscheinen des Artikels fällt.



Frankenberger Straße in Chemnitz

RECHTE ARBEITSTEILUNG

Im Gegensatz zum „Nationalen Zentrum“ auf der Markersdorfer Straße handelt es sich bei dem Objekt nicht um einen klassischen Veranstaltungsort. Dennoch hat das Haus sehr wahrscheinlich neben praktischen Zwecken, wie der Lagerung von Material, auf mehreren Ebenen einen schützenden Effekt für die Szene.

Erstens gibt es den Neonazis die Möglichkeit, sich geschützt vor den Augen der Öffentlichkeit und der Behörden zu treffen. Zweitens ist es schlicht ein Ort, an dem Briefkästen angebracht werden können, damit beispielsweise Vereine o.ä. keine Privatadressen angeben müssen. Zu guter Letzt ermöglicht es eine gewisse Entzerrung und Schutz, indem neonazistische Aktivitäten nicht in Geschäftsräumen oder ähnlichen stattfinden. Dies gilt

zum Beispiel für die Geschäfte von Martin Kohlmann, in dessen Kanzlei-Adresse die Vereinsgründung von „Sport und Bildung e.V.“ stattgefunden hat. Denn mit Blick auf die Bestrebungen des Vereins und seiner Mitglieder könnte es sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als auch in Bezug auf mögliche staatliche Repressionen ungünstige Folgen für die Reputation und die berufliche Tätigkeit als Anwalt haben, wenn es nicht einmal eine räumliche Trennung der Aktivitäten gäbe.

In der Gesamtschau scheint jede der drei bekannten rechten Immobilien in Chemnitz ihre spezifische Funktion für die Szene zu erfüllen. Das sogenannte „Bürger- und Begegnungszentrum“ von Pro Chemnitz mit Sitz in der Brauhausstraße versucht dabei weiterhin mit mäßigem Nachdruck, einen konservativen bürgerlichen Anschein zu wahren. Als Ziel kann dabei angenommen werden, auch für Menschen anschlussfähig zu sein, die sich nicht genuin als rechts oder neonazistisch verstehen. Wenngleich sie die rassistischen und reaktionären Positionen der Wählervereinigung teilen. Dies ist strategisch vor allem in der Mobilisierung für Versammlungen und für die Normalisierung von menschenverachtenden Positionen und Akteur*innen der extremen Rechten relevant.

Für die Öffentlichkeit deutlich klarer positioniert ist hingegen das „Nationale Zentrum“ auf der Markersdorfer Straße, das einst Raum für die 2014 verbotene Kameradschaft „Nationale Sozialisten Chemnitz“ bot⁷, bis vor kurzem noch Sitz der Jugendorganisation der NPD war⁸ und als Veranstaltungsort von Vorträgen etc. dient. Mittlerweile ist zudem das neonazistische Plattenlabel „PC-Records“ mitsamt Szeneladen dahin umgezogen.⁹

Das Objekt in der Frankenberger Straße schließt dabei eine gewisse Lücke in der szeneeigenen Arbeitsteilung. Zumindest bis zum Erscheinen des Störungsmelder-Artikels konnte man sich unbeobachtet fühlen und mutmaßlich von da aus in Ruhe die beschriebenen neonazistischen Events planen.¹⁰ Mit Robert Andres und dem Verein „Sport und Bildung e.V.“ bildet die Frankenberger Straße eine Art Scharnier zwischen der parteigebundenen extremen Rechten in Chemnitz (Pro Chemnitz) und der Kameradschaftsszene, in die er bestens vernetzt ist. Dies zeigt sich auch in der Liste der Mitglieder des Vereins. Es findet sich eine Person, die bereits im Umfeld des sogenannten „Rechten Plenums“ aktiv war und eine tragende Rolle in der Organisation des TIWAZ spielt

und solche, die der verbotenen Vereinigung „Nationale Sozialisten Chemnitz“ angehörten. Ein erfahrener Kreis rechter Aktivist*innen.

WIRKUNG INS GEMEINWESEN UND UMLAND

Es stellt sich eine beunruhigende Frage: Entwickelt sich der Chemnitzer Stadtteil Ebersdorf zum rechten Experimentierfeld? Umso mehr seit bekannt wurde, dass zwei relevante Dortmunder Neonazis nach Chemnitz gezogen sind und jetzt nur ein paar Straßen weiter wohnen.¹¹ Dass es in Chemnitz einen weiteren Versuch geben wird, einen sogenannten „Nazi-Kiez“¹² nach Dortmunder Vorbild zu etablieren, erscheint unwahrscheinlich. Zum einen sprechen die Erfahrungen der nach einem Outing aufgelösten Gruppe „Rechtes Plenum“¹³ dagegen. Zum anderen schließt das einer der Zuzügler selbst klar aus und beschreibt seine Hoffnung auf die „Offenheit für rechte Positionen“ in Sachsen bzw. „dem Osten“ und die Idee, „die Stadtteile zu durchsetzen“.¹⁴

Diese Hoffnung – aus demokratischer Perspektive eher Befürchtung – ist jedoch nicht aus der Luft gegriffen. Bei der Kommunalwahl 2019 schnitt die AfD in Ebersdorf mit 20,37% und Pro Chemnitz mit 12,83% ab, was in Summe ca. 10% über dem Ergebnis der CDU (23,92%) liegt.¹⁵ Auch bei der Landtagswahl 2019 lag die AfD im Stadtteil mit 32,28% nur knapp hinter der CDU (34,14%) und war damit zweitstärkste Kraft.¹⁶ Bereits ab dem Jahr 2012 machten Kohlmann und auch Andres, damals noch als Kopf der Bürgerinitiative „Wir für Ebersdorf“,¹⁷ im Stadtteil erfolgreich Stimmung gegen Asylsuchende, und versuchten sogenannte „Bürgerstreifen“ – oder treffender Bürgerwehren – zu etablieren.¹⁸ Dies lief bereits damals teilweise unter dem Label Pro Chemnitz und ist möglicherweise eine Teilerklärung, warum die Zustimmungswerte für Pro Chemnitz in dem Stadtteil so hoch sind.

Doch auch in Ebersdorf selbst werden die Entwicklungen mit Besorgnis gesehen. So wurde in der Stadtteilzeitschrift auf die Zuzüge und die Immobilie hingewiesen.¹⁹ Hieraus könnte sich eine wachsende kritische Öffentlichkeit und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung entwickeln. Dies scheint auch Martin Kohlmann zu



Frankenberger Straße in Chemnitz

befürchten, der auf den Artikel mit einem Schreiben an Geschäfte, die die Zeitschrift auslegen, reagierte. Dieses ist kaum anders zu verstehen denn als Einschüchterungsversuch. Er spricht von „Stasi-Methoden“, wirft der Chefredakteurin im gleichen Atemzug implizit eine nicht belegte SED-Vergangenheit vor und behauptet, rechtliche Schritte eingeleitet zu haben.²⁰ Er endet mit dem Satz: „Sicherlich möchten Sie sich nicht zum Handlanger von möglicherweise kriminellen Strukturen machen“.²¹

Diese heftige Reaktion unterstreicht die Vermutung, dass jene rechten Akteure erstens verstärkt im Stadtteil wirken und dies zweitens möglichst „unter dem Radar“ tun wollen. Eine klare Einschätzung und Benennung ihrer politischen Haltung steht dem entgegen. Es bleibt zu hoffen, dass die Chemnitzer*innen und konkret die Ebersdorfer Zivilgesellschaft weiterhin aktiven Widerspruch organisiert.

Das ist umso wichtiger, wenn man bedenkt, dass sich der Radius des Wirkens der in der Frankenberger Straße ansässigen extrem rechten Akteur*innen bei Weitem nicht auf den Stadtteil beschränkt. Die geschichtsrevisionistischen Veranstaltungen sprechen ein bundesweites Publikum an. Dieses speist sich im Wesentlichen aus der Neonazi-Szene und dient der Stärkung nach innen. Dabei bleibt es jedoch nicht, denn es werden Einnahmen generiert, die dann wiederum zurück in die Szene fließen. Ob damit beispielsweise Propaganda-Material, Technik für Demonstrationen oder ähnliches finanziert werden, kann nur gemutmaßt werden. Auch Events wie das TIWAZ sind Einnahmequelle und wirken szenestärkend.

Es entstehen folglich unterschiedliche Wechselwirkungen, indem von einem bisher wenig wahrgenommenen Verein Veranstaltungen organisiert werden, die im Umland durchaus Eventcharakter beanspruchen konnten.²² Zudem wird hier Gewalt, die der neonazistischen Ideologie immanent ist, nicht nur zu sportlichen Zwecken ausgeübt, sondern explizit auch ideologisch aufgeladen. Es entsteht eine gewalttätige und –erfahrene Szene, die in der Lage ist, jene Gewalt auch auf der Straße anzuwenden.²³ Gegen people of colour oder politische Gegner*innen.

Nicht zu vergessen ist auch, dass rings um die Veranstaltungen szeneeinternen Netzwerke gefestigt und extern aufgebaut werden. Zwar stellt eine Einmietung durch Neonazis bei Vermieter*innen außerhalb der Szene

stets ein Risiko für die Veranstaltenden dar, weil es – wie beschrieben – auch zu Absagen kommen kann. Gleichzeitig entstehen hier durchaus auch Geschäftsbeziehungen, die massiv zu einer Verharmlosung neonazistischer Akteur*innen beitragen können. All das belastet das demokratische Fundament in der Region.

FAZIT

Ruhe kann trügerisch sein, besonders in rechten Immobilien. Das neue Objekt auf der Frankenberger Straße zeigt, dass es nicht immer ein Konzertstandort sein muss. Gerade die Abwesenheit sichtbarer Veranstaltungen, die Abwesenheit von Öffentlichkeit über viele Jahre hat es den Neonazis ermöglicht, Strukturen zu festigen, die nach dem Verbot der „Nationalen Sozialisten Chemnitz“ in der Luft hingen. Strukturen, die in hohem Maße handlungsfähig und möglicherweise für die Szene lukrativ sind. Die Strahlkraft nach außen erscheint bei den genannten Veranstaltungen auf den ersten Blick begrenzt. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine szeneeinterne Stärkung stets bedeutet, dass deren Mitglieder – nun gefestigt und gut vernetzt – aktivistisch wirken können. So ist zum Beispiel ein Robert Andres laut Verfassungsschutz nicht nur in die Organisation des TIWAZ und der „Zeitzeugenvorträge“ eingebunden.²⁴ Gleichzeitig ist er auch als Stadtrat aktiv und bringt seine Erfahrungen in der Organisation von Veranstaltungen in die Organisation von Demonstrationen ein.²⁵

Es ist unschwer erkennbar, wie sehr die beschriebenen Akteur*innen diejenige Öffentlichkeit, die sie nicht selbst erzeugen, scheuen. Es gilt, diese Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten, sich nicht einschüchtern zu lassen und der rechten Selbstinszenierung als Opfer nicht auf den Leim zu gehen. Vielmehr müssen die Gefahren, die ganz konkret und ideologisch von jener Szene ausgehen, klar benannt werden. Stimmen, die das tun, gibt es. Diese kritische, menschenrechtsorientierte Zivilgesellschaft muss gestärkt werden.

- 1 | Vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Valentin Lippmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), (2019): Drs.-Nr. 6/16157.
- 2 | Vgl. Müller, Michael (2018): Unter falscher Flagge, <https://www.freipresse.de/unter-falscher-flagge-beh-rden-warnen-vor-zeit-zeugenvotr-gen-artikel-10187420>, 04.03.2021.
- 3 | Vgl. Lippmann, Valentin (2019): Neonazi-Immobilien und –Versandunternehmen in Sachsen, S. 11., https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/ua/1903-neonazi-immobilien-sachsen-2018.pdf, 29.01.2021.
- 4 | Vgl. ebd., S. 11f.
- 5 | Vgl. ebd. Vgl. Pasler, Uta (2019): Neonazi-Kampfsporttreffen in Crossen, <https://www.freipresse.de/zwickau/zwickau/neonazi-kampfsporttreffen-in-crossen-artikel10538252>, 04.03.2021.
- 6 | Vgl. Grunert, Johannes (2021): Die rechten Hausfreunde, https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2021/01/08/die-rechten-hausfreunde_30398?utm_referrer=https%3A%2F%2Fblog.zeit.de%2Fstoerungsmelder%2F2021%2F01%2F08%2Fdie-rechten-hausfreunde_30398.
- 7 | Vgl. Grunert, Johannes (2012): Kameradschaft vs. NPD – Naziszene spaltet sich, https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2012/03/14/kameradschaft-vs-mpd-chemnitzer-naziszene-spaltet-sich_8231?wt_ref=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F&wt_time=1614856032658, 04.03.2021. Vgl. DGB Region Südwest-sachsen (Hg.) (2014): Organisierte Neonazis und die Neue Rechte in Chemnitz. In: „RECHTS sind doch die anderen!“, S. 38.
- 8 | Vgl. Lippmann, Valentin (2019): Neonazi-Immobilien und –Versandunternehmen in Sachsen, S. 10, https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/ua/1903-neonazi-immobilien-sachsen-2018.pdf, 04.03.2021.
- 9 | Homepage von PC Records, <https://www.pcrecords.net/contents/de/contactus.html>, 04.03.2021.
- 10 | Vgl. Anfrage des Abgeordneten Valentin Lippmann, Bündnis 90 DIE GRÜNEN (2019): Drs.-Nr. 6/16157. Vgl. Grunert, Johannes (2019): Multifunktionshaus, In: der rechte rand, 30.Jg., Ausgabe 179, S. 18.
- 11 | Vgl. Grunert, Johannes (2020): Gefestigte rechte Strukturen in Chemnitz, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1145924.neonazis-gefestigte-rechte-strukturen-in-chemnitz.html> (03.03.2021)
- 12 | Genau genommen handelt es sich vor allem um einen von vielen Neonazis bewohnten Straßenzug im sonst sehr migrantisch geprägten Dortmunder Stadtteil Dorstfeld.
- 13 | Vgl. Seifert, Sabine (2017): Als die Nazis Reißaus nahmen, <https://taz.de/Rechte-Szene-in-Chemnitz/!5377926/>, 03.03.2021.
- 14 | Vgl. eigene Aussagen von Michael Brück auf der neonazistischen Plattform „Zusammenrücken“, <https://zusammenruecken.io/podcast/>, 03.03.2021.
- 15 | Stadt Chemnitz (2019a): Stadtratswahl am 26. Mai 2019, https://www.chemnitz.de/chemnitz/de/rathaus/wahlen/kommunalwahl/ergebnisse_stadtratswahl.html, 03.03.2021.
- 16 | Vgl. Ebd. (2019b): Landtagswahl am 1. September 2019, <https://chemnitz.de/chemnitz/de/rathaus/wahlen/landtagswahl/index.html>, 03.03.2021.
- 17 | Vgl. Grunert, Johannes (2014): Verbotverfügung mit Lücken, https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/04/10/nationale-sozialisten-chemnitz-verbotverfuegung-mit-luecken_15616, 04.03.2021.
- 18 | Vgl. Endstation rechts (2012): Rechtspopulisten organisieren Bürgerstreife gegen Asylbewerberheim in Chemnitz, <https://www.endstation-rechts.de/news/rechtspopulisten-organisieren-buergerstreife-gegen-asylbewerberheim-in-chemnitz.html> 03.03.2021-
- 19 | Vgl. Neuheuser, Manfred (2021): „Wir haben ja gar nichts gewusst“. In: BISS. Stadtteilmagazin Bürger Informieren Sich Selbst, 25.Jg., S. 18.
- 20 | Vgl. Lummer, Benjamin (2021): Eine Stadtteilzeitung und der Ärger mit Kohlmann, <https://www.freipresse.de/chemnitz/eine-stadtteilzeitung-und-der-aerger-mit-kohlmann-artikel11345381>, 03.03.2021.
- 21 | Ebd.
- 22 | Pasler, Uta (2019): Neonazi-Kampfsporttreffen in Crossen, <https://www.freipresse.de/zwickau/zwickau/neonazi-kampfsporttreffen-in-crossen-artikel10538252>, 04.03.2021.
- 23 | Belltower.news (2019): „EVENTKULTUR AUS GEWALT-TÄTIGER MÄNNLICHKEIT UND POLITISCHES HASS“ <https://www.beltower.news/robert-claus-ueber-neonazi-kampfsport-eventkultur-aus-gewalttaetiger-maennlichkeit-und-politischem-hass-91149/>.
- 24 | Vgl. ebd., S. 11f.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Kulturbüro Sachsen e.V.
Grit Hanneforth, Geschäftsführerin
Bautzner Straße 45
01099 Dresden
www.kulturbuero-sachsen.de



Unterstützen Sie unsere Arbeit
mit einer Spende!
IBAN: DE 288 5020 5000 0035 87301
BIC: BFSWDE33DRE

TEXT UND RECHERCHE

Kulturbüro Sachsen e.V.

Die Autor*innen der Artikel sind Mitarbeiter*innen des Kulturbüro Sachsen e.V. Der Artikel „Rechte Orte in Sachsen. Ein Überblick“ wurde unter Mitwirkung von Mara Knauthe erstellt.

Lektorat: Laura Dittmann
Redaktionsschluss: 08.03.2021

FOTOS

Kulturbüro Sachsen e.V.

LAYOUT UND SATZ

Nadine Rothe
mail@nadine-rothe.de

Diese Publikation
wurde gefördert durch die
Amadeu Antonio Stiftung.



